

JUSOS THÜRINGEN · LANDESKONFERENZ 2009

MIT UNS ZIEHT **DIE NEUE ZEIT**

ZUKUNFT GERECHT GESTALTEN.

BESCHLUSSBUCH 2009



INHALTSVERZEICHNIS

ARBEITSPROGRAMM

Mit uns zieht die neue Zeit Zukunft gerecht gestalten (A1)	3
Jusos Thüringen – kritisch, sozial, progressiv (A2)	9

BILDUNG

Aufruf zur Gründung von Gemeinschaftsschulen (B3)	11
Bologna – No Longer! (B4)	11
Ohne jeden Kompromiss – Studiengebühren müssen weg! (B5)	12

SOZIALES / WIRTSCHAFT

Arbeitskritik / Zukunft der Erwerbsarbeit (C1)	14
Gegen jede Form von Sanktion und Zumutbarkeit gegenüber Arbeitslosen (C2)	14
Gute Arbeitsplätze in Thüringen fördern (C3)	15
Ein Ende dem Privatisierungswahn – Öffentliche Daseinsvorsorge stärken (C4)	16
Die Bahn holt's ab - Intermodalverkehr stärken (C5)	18

DEMOKRATIE / GESELLSCHAFT

Für ein tolerantes Thüringen und die Abschaffung der Residenzpflicht (D1)	19
Der BdV: „Leistet(e) keinen Beitrag zur Völkerverständigung“ (D2)	20
Rechtsradikale Tendenzen bei der Thüringer Polizei (D3)	20
Kennzeichnungspflicht für Polizist_Innen jetzt! (D4)	20
Landesprogramm gegen Rechtsextremismus (D5)	20
Kinderschutz ernst nehmen (D7)	20
Abschaffung des Landeserziehungsgeldes (D8)	21
Stärkung der Jugendverbandsarbeit (D9)	21
Gleichstellung von Homosexuellen (D10)	22
Impfpflicht - Jetzt! (D14)	22
60 Jahre NATO sind genug! Kollektive Sicherheit statt Verteidigungsbündnisse! (D15)	22

ORGANISATORISCHES

Aufbau von Juso-SchülerInnengruppen (E1)	23
Zusammenarbeit mit Sachsen und Sachsen-Anhalt (E4)	24

Herausgeber:

Jusos in der SPD Thüringen, Juri-Gagarin-Ring 37, 99084 Erfurt

www.jusosthueringen.de

MIT UNS ZIEHT DIE NEUE ZEIT (A1) ZUKUNFT GERECHT GESTALTEN

LANDESARBEITSPROGRAMM 2009 BIS 2011

VOR, WÄHREND UND NACH DER KRISE – DER KAPITALISMUS HAT AUSGEDIENT

Seit die ersten Auswirkungen der Finanzmarktkrise, welche sich zunehmend auch als Krise der Realwirtschaft etabliert, spürbar werden, wird Kritik am Kapitalismus nicht mehr nur von linken Gruppierungen laut. Doch greifen diesbezügliche Analysen häufig zu kurz: habgierigen Managern wird ein kurzfristiges, auf höchst möglichen Profit ausgerichtetes, Handeln vorgeworfen. Hier wird der Ausgangspunkt der Krise konstatiert. Ob „Abwrackprämie“, Konjunkturpaket oder Bad Bank, die Wirksamkeit der Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Krise ist durchaus umstritten. Dabei werden – zu Recht – immer wieder Zweifel daran laut, ob kurzfristige finanzielle Leistungen den Ursachen der Krise gerecht werden können, vor allem, weil eine Steuerung des Kapitalismus durch die Politik nicht möglich ist.

Im Mittelpunkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stehen seit jeher Nützlichkeit und Verwertbarkeit des Menschen. Diese werden als Humankapital betrachtet, welches genutzt wird, um dem Interesse der Profitmaximierung nachzukommen. Wesentliches Steuerungsinstrument ist der freie Markt. In den letzten Jahren haben sich Finanzanlage und Realinvestition zunehmend voneinander entkoppelt. Spekulationen bestimmten das kapitalistische System und führen auch dazu, dass es immer wieder mit Krisen konfrontiert ist.

Änderungen der Produktion werden nur dann vorgenommen, wenn sie dem Produzenten einen unmittelbaren und kurzfristig sichtbaren Nutzen bringen. Kriterien wie beispielsweise Nachhaltigkeit haben nur dann eine Chance in das System aufgenommen zu werden, wenn sie sich unmittelbar positiv in die Logik der Finanzmärkte einfügen. So ist ein geringeres Abwasseraufkommen gleichbedeutend mit effizienteren, profitableren und nachhaltigeren Strukturen. Wirken sich nachhaltigere Strukturen unmittelbar negativ aus, sind die Chancen der Integration gleichwohl geringer. Die Verbesserung von Arbeitsbedingungen beispielsweise ist zunächst mit Investitionen verbunden. Mittelbare Zusammenhänge mit einer Steigerung der Effizienz und der Profitabilität sind einerseits nur schwer nachzuweisen, andererseits passen sie nicht in die Logik der kurzfristigen Profitmaximierung.

Dennoch unterscheidet sich die aktuelle Krise in ihrem Ausmaß deutlich von den bekannten wirtschaftlichen Konjunkturzyklen der letzten 80 Jahre. Neoliberale Wirtschaftsweisen fordern den Staat in Bezug auf wirtschaftliche Fragen immer wieder zur Zurückhaltung und zur Unterstützung des freien Marktes auf. Die zunehmende Deregulierung in der Wirtschaftspolitik ist die Antwort der Regierungen auf derartige Forderungen. Diese machten es möglich, das Ideal von Solidarität und Gerechtigkeit in wirtschaftlichen Zusammenhängen in den letzten Jahren zunehmend zu unterlaufen. Ein starker Staat ist erst dann gefragt, wenn große Unternehmen kurz vor der Insolvenz stehen und der finanziellen Alimentierung des Staates bedürfen. Im Falle des Nicht-Nachkommens wird mit dem Zusammensturz der Gesamtwirtschaft gedroht.

Die Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte ist diesem Paradigma zunehmend nachgekommen. Auch unter der rot-grünen Bundesregierung wurden, im Zuge vermeintlich sozialer Politik, radikale Kürzungen beschlossen und ArbeitnehmerInnenrechte unterlaufen. Umverteilung fand zunehmend/ausschließlich von unten nach oben statt.

Ihren Höhepunkt fand die Agendapolitik im Kontext der Flexibilisierungswelle am Arbeitsmarkt mit der Umsetzung der sog. Hartz-Arbeitsmarktreformen. In diesem Zusammenhang wurde nicht nur die Einführung prekärer Beschäftigungsverhältnisse erleichtert und kontinuierlich vorangetrieben, auch die Rechte von Beschäftigten und Arbeitslosen wurden massiv beschnitten. Risiken des Lebens im Kapitalismus werden demnach immer stärker von gesellschaftlichen Institutionen auf die Individuen verlagert. Ursachen für das Versagen werden nicht mehr im System, sondern bei der Einzelperson verortet. So führt die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse nicht nur zur Verschlechterung von Arbeits- und Entlohnungsbedingungen. Auch die Sicherheit von Beschäftigungsverhältnissen wird zunehmend aufgelöst. Die Konkurrenz um Arbeitsplätze wird zu einer Konkurrenz (potentieller) ArbeitnehmerInnen. Diese werden damit in eine strukturell schwächere Verhandlungsposition gegenüber dem Arbeitgeber versetzt. Möglichkeiten, sich gegen eine immer schlechtere Arbeitssituation zu wehren, werden als zunehmend kleiner eingeschätzt. Die Angst vor Armut, Ausgrenzung und sozialem Abstieg wächst. Die kapitalistische Logik beschränkt sich längst nicht mehr auf den freien Markt. Selbst in ehemals geschützten Bereichen öffentlicher Beschäftigung gewinnen Kalküle von Effizienz und Wirtschaftlichkeit zunehmend an Bedeutung. Nicht zuletzt hat dies auch hier eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zur Folge. Das Bildungs- und das Gesundheitssystem seien an dieser Stelle nur exemplarisch genannt.

Auch für Arbeitslose wird der ökonomische Druck immer stärker spürbar. Viel zu schnell droht der Abstieg in das einkommensunabhängige Arbeitslosengeld II, das – wenn überhaupt noch – der Existenzsicherung dienen kann. Gleichzeitig wird der Druck durch die Arbeitsverwaltung massiv erhöht: jeder noch so schlechte Job muss angenommen werden, unabhängig davon, wie niedrig entlohnt, wie weit entfernt vom Wohnort oder wie gut qualifiziert, ansonsten drohen massive finanzielle Einschnitte durch Kürzungen. Möglichkeiten, Einfluss auf ihre Vermittlung zu nehmen, haben Arbeitslose kaum; starken Rechten der Arbeitsverwaltung stehen mangelnde Eingriffsmöglichkeiten der Arbeitslosen gegenüber. So wird die sog. Eingliederungsvereinbarung bei Nicht-Unterzeichnung durch den Arbeitslosen per Verwaltungsakt umgesetzt. Inhalte der Eingliederungsvereinbarung dienen der Bewertung des „Wohlverhaltens“ des/der Arbeitslosen. Als Anspruchsberechtigt gelten nur die Mitglieder der Gesellschaft, die einen angemessenen persönlichen Beitrag leisten. In Vermittlungsgesprächen dominiert der/die „persönliche AnsprechpartnerIn“ und droht im Zweifelsfall mit der „Sanktionskeule“. Von einer gleichberechtigten Verhandlung auf Augenhöhe kann gegenwärtig bei Weitem nicht die Rede sein. Die Handlungsspielräume von Arbeitslosen werden auf diese Weise immer weiter eingeschränkt.

WIR SIND DEMOKRATISCH UND SOZIALISTISCH

Die Grundwerte der sozialdemokratischen Bewegung „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ sind Ausgangspunkt unserer Arbeit und nicht nur eine leere Worthülse. Für uns bedeutet Gerechtigkeit ein selbstbestimmtes Leben für alle, frei von Zwang. Nur durch persönliche Entfaltung und Entwicklung individueller Fähigkeiten, auf Basis ökonomischer Sicherheit, ist sozialer und ökonomischer Fortschritt möglich.

Wir wollen eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Nationalität, sozialer Stellung, sexueller Orientierung und ihren Vorlieben gleiche Möglichkeiten und die gleiche Teilhabe an Wohlstand und Macht haben. Dies ist nur in einer solidarischen Gesellschaft denkbar, die über den Tellerrand hinausblickt und weltweit für Frieden und Solidarität eintritt.

Wir glauben, dass diesem Ziel das heutige kapitalistische System gegenüber steht. Wir streiten für eine Überwindung der Verhältnisse, in denen der Mensch ausgebeutet wird. Wir Jusos Thüringen werden in unserer Arbeit klarstellen, dass das derzeit herrschende kapitalistische System ein System von immanenten Ungleichheiten ist und wir nach einer anderen Form des Zusammenlebens streben. Unsere Vision einer gerechten und freien Gesellschaft ist der demokratische Sozialismus.

Den Kampf für eine neue Gesellschaft sehen wir nicht in erster Linie als parteipolitischen Auftrag. Wir wollen als

Jusos Thüringen vielmehr in gesellschaftlichen Bündnissen für unsere Idee werben und neue Bündnisse schmieden. Die Geschichte hat bewiesen, dass wir keine „sozialistische Elite“ brauchen sondern demokratische gesellschaftliche Prozesse.

Als linke Kraft innerhalb der SPD ist es auch unsere Aufgabe, Politik für mehr soziale Gerechtigkeit, für ein solidarisches Miteinander, ausgehend von der individuellen Freiheit, in die Partei hineinzutragen und mit ihr zu gestalten. Ohne die SPD wird es keine progressive Politik geben. Die Jusos waren es oftmals, die unter Gegenwehr die Zukunftsthemen innerhalb der SPD durchgesetzt haben. Die Landesparteitage haben gezeigt, dass wir der inhaltliche Motor sind und ohne uns die drei diesjährigen Wahlkämpfe nicht möglich gewesen wären. Dies muss auch nachhaltige Anerkennung in der SPD finden und nicht nur kurz vor Wahlkämpfen.

KRITISCH UND KONSTRUKTIV – WIR UND DIE SPD

Entgegen dem Bundestrend ist es der SPD in den Landtagswahlen gelungen, vier Prozent hinzuzugewinnen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir mit 18,5 Prozent ein eher schlechtes Wahlergebnis eingefahren haben. Die SPD Thüringen schwankt danach zwischen dem Wunsch, Thüringer Volkspartei und der Realität, mit weitem Abstand nur dritte Kraft in Thüringen zu sein, hin und her.

Mit der Agendapolitik der Rot-Grünen Bundesregierung und der Großen Koalition haben wir viel Vertrauen und viele WählerInnenstimmen verloren. Soziale Kompetenzen werden eher der Linken zugeordnet. Das Ur-Ziel der Sozialdemokratie, das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, scheint kaum mehr WählerInnen für uns zu mobilisieren. Das Bundestagswahlergebnis hat uns das Dilemma vor Augen geführt. Nur ein konsequenter inhaltlicher und personeller Wechsel auf Bundesebene kann uns Glaubwürdigkeit und damit auch WählerInnenstimmen zurückbringen. Doch dies schlägt sich auch auf Landesebene nieder, was das Wahlergebnis der SPD in Thüringen und auch verschiedene Wahlanalysen belegen.

In den letzten fünf Jahren hatten wir in Thüringen, trotz kleinster Landtagsfraktion, die Oppositionsführerschaft, zumindest medial, inne. Dadurch ist es uns gelungen, glaubwürdig neue Themen zu besetzen. Leider hat der mediale Eindruck in der Realität oft getäuscht. So hat beispielsweise die SPD-Fraktion den Streit um Verwaltungsgebühren fast verschlafen. Die Linke bemüht sich offensiver um Vernetzung mit linken Initiativen und nimmt gesellschaftliche Probleme dadurch schneller wahr. Auch so entsteht Glaubwürdigkeit.

Wir müssen durch eine Reformkoalition und das zielstrebige umsetzen unserer Themen Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Schwarz-Rot hat keine Zukunft, vor allem keine Zukunft für die SPD. Wir dürfen nicht erneut die Glaubwürdigkeit für von uns

gesetzte Themen verlieren. Eine Energiewende, den Mindestlohn, eine sozial gerechte Bildungspolitik und eine moderne Familienpolitik wird es mit der CDU nicht geben.

Wir Jusos Thüringen werden diese Haltung innerhalb der SPD immer wieder deutlich machen. Wir werden unsere Regierungsbeteiligung an der Umsetzung unseres Regierungsprogrammes messen. Sollte die schwarz-rote Koalition keinen deutlichen Wandel in der Landespolitik vollziehen, werden die Jusos mit ihren BündnispartnerInnen, gemeinsam auf allen Ebenen, weiter für mehr soziale Gerechtigkeit kämpfen und damit auch gegen Teile der SPD.

Im Bereich der innerparteilichen Demokratie besteht in der SPD Thüringen großer Nachholbedarf. Zwar finden auf Landesparteitag, dank der Jusos, mittlerweile Diskussionen statt, doch Gremien, wie beispielsweise die Antragskommission, entmündigen noch heute die Parteimitglieder. Zweifelhafte Äußerungen einiger Thüringer Bundestagsabgeordneter und von Christoph Matschie zur Debatte um die Bahnprivatisierung sowie ein offenkundig entgegen der Basismeinung gerichteter Landesvorstandsbeschluss haben den innerparteilichen Willensbildungsprozess mit Füßen getreten. Vergleichbar ist das Abstimmungsverhalten der Thüringer Bundestagsabgeordneten unserer Partei beim Thema „Schuldenbremse“. Während sich die Parteibasis auf dem Landesparteitag dagegen ausspricht, stimmen ihr unsere Abgeordneten wortlos zu. Diese Art von Parteiengang verurteilen wir und werden dies zukünftig stärker in den Mittelpunkt der Debatte rücken.

Zur besseren Durchsetzbarkeit inhaltlicher Punkte müssen wir uns in Zukunft stärker mit den anderen Arbeitsgemeinschaften innerhalb der SPD vernetzen. Gerade mit der AfB und der AfA haben wir große inhaltliche Schnittmengen, die auf Landesparteitagen der SPD nur selten durch gemeinsame Koordinierung deutlich gemacht werden.

Unser Ziel ist eine starke und koordinierte Linke innerhalb der SPD. Wir hoffen daher, dass sich die DL 21 in Thüringen endlich zu einer wirklich linken und progressiven Kraft innerhalb der SPD entwickelt.

Die SPD muss sich mit allem Selbstvertrauen wieder als linke Volkspartei bekennen. Dass es keine politische Mitte gibt, zeigen die letzten Wahlergebnisse. Wir brauchen auf Bundesebene den personellen und inhaltlichen Umbruch. Wir brauchen ein Ende der Debatte um sozialen Raubbau. Wir brauchen Konzepte für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr Solidarität und mehr Demokratie und Freiheit. Wir müssen wieder progressive gesellschaftliche Prozesse forcieren, statt die neue Mitte zu suchen. Nur die SPD hat die Kraft, Gesellschaft zu verändern. Dafür kämpfen wir mit der SPD.

WIR MACHEN'S GEMEINSAM

An die erfolgreiche Zusammenarbeit mit anderen linken Jugendverbänden werden wir in den nächsten Jahren fortsetzen. Die Arbeit im Beethoven-Kreis und die Teilnahme am Beethoven-Camp sind auch in den nächsten Jahren fortzusetzen. Hierbei gilt es insbesondere, den personellen Wechsel im Landesvorstand durch intensive Kontakte zu kompensieren.

Wichtige Partner sind für uns u.a. die Naturfreundejugend, die Gewerkschaftsjugenden, das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt und die Falken. Auch der Kontakt zu den anderen linken, politischen Jugendverbänden wird in den nächsten Jahren eine besondere Rolle für die Arbeit des Landesverbandes und auf kommunaler Ebene für die Kreisverbände spielen. Einen zentralen Stellenwert der Arbeit sollte dabei die Formulierung und Umsetzung gemeinsamer politischer Ziele spielen.

NEUE ZEIT, NEUE WEGE – UNSERE ARBEITSORGANISATION

JUSO-HOCHSCHULGRUPPEN

In Erfurt und Jena konnten sich zwei Juso-Hochschulgruppen in Thüringen etablieren. Durch deren inhaltliche Arbeit sind die Jusos Thüringen im hochschulpolitischen Bereich sehr gut aufgestellt. Des Weiteren konnten über die Hochschulgruppen massiv neue Mitglieder gewonnen werden.

Im Landtagswahlkampf ist es den Hochschulgruppen gelungen, eine landesweite Kampagne gegen den Verwaltungskostenbeitrag durchzuführen.

Die Kampagnenfähigkeit soll durch die finanzielle Unterstützung des Juso-Landesverbandes erhalten bleiben. Initiativen zur Gründung neuer Juso-Hochschulgruppen an anderen Hochschulstandorten wird der Landesverband ebenso unterstützen.

Durch eine Kooptation in den Juso-Landesvorstand sollen die Hochschulgruppen an den Landesverband der Jusos angebunden bleiben.

ARBEITSKREISE

In den Arbeitskreisen sollen verschiedene Arbeitsschwerpunkte bearbeitet werden.

Zentrale Themen für die Arbeit des Landesvorstandes könnten dabei die Themen Rechtsextremismus und Feminismus spielen. Die Thüringer Jusos sind ein antifaschistischer und feministischer Richtungsverband. Diskriminierung aufgrund von Nationalität, Religion oder Geschlecht lehnen wir ab. Ressentiments sind in unserer Gesellschaft jedoch nach wie vor präsent. Diesen Trends werden wir uns auch in den nächsten Jahren entgegen setzen.

Im Bildungsbereich haben wir in den letzten Jahren auch innerhalb der Thüringer SPD Standards gesetzt.

Die Thüringer Gemeinschaftsschule, in der SchülerInnen ganztägig bis zur 8. Klasse gemeinsam unterrichtet werden, ist ein Maßstab, hinter dem wir nicht zurückbleiben werden. In der inhaltlichen Debatte um das Bildungssystem müssen wir nun neue Schwerpunkte setzen. Von Bedeutung dürften hierbei u.a. alternative Unterrichtskonzepte oder das Konzept der selbstständigen Schule sein. Darüber hinaus verstehen wir Bildung als lebenslangen Prozess, der in der Kindertagesstätte beginnen muss und auch nach dem Abschluss der Ausbildung oder des Studiums noch nicht beendet ist. Wir setzen uns dafür ein Voraussetzungen zu schaffen, die dies ermöglichen.

Auch die Debatte um die Reform der sozialen Sicherungssysteme wird die Arbeit der Jusos Thüringen in den nächsten Jahren weiterhin beschäftigen. Die Umverteilung fand in den letzten Jahren zunehmend von unten nach oben statt. Kürzungen werden vor allem bei Menschen mit wenigen sozialen, kulturellen und finanziellen Ressourcen vorgenommen. Auch nach der Krise müssen wir uns die Frage stellen, wer die Kosten für die Krise tragen muss. Die Einschnitte im Sozialbereich müssen rückgängig gemacht werden, das soziale Netz muss gestärkt werden, um seinen Namen wieder zu verdienen. Bildungschancen und der Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen müssen gerecht verteilt sein. Umverteilung muss wieder von oben nach unten verlaufen.

Die neoliberale Ideologie der letzten 20 Jahre hat auch zu starken Einschnitten im Bereich der Öffentlichen Daseinsvorsorge geführt. Mit der Privatisierung der Telekommunikationsbranche, der Post, des Energiebereiches und der Debatte um die Bahnprivatisierung sind nur einige Bereiche genannt. Viele Menschen spüren zunehmend, dass auch hier die Argumentation des günstigeren und effizienteren Marktes versagt hat.

Für uns Jusos bedeutet Öffentliche Daseinsvorsorge Existenzsicherung und Lebensqualität nicht nur für einen exklusiven Kreis derjenigen, die es sich leisten können. Öffentliche Dienstleistungen müssen für alle Menschen zugänglich und bezahlbar sein.

Gerade im Bereich des Energiesektors wollen wir Jusos Thüringen die Debatte um den Aspekt der Nachhaltigkeit erweitern. Wir sehen eine Vorbildrolle des Staates gerade im Bereich der Öffentlichen Daseinsvorsorge für mehr Nachhaltigkeit und Umweltschutz.

Zweimal im Jahr sollen die Arbeitskreise über jeweils ein Wochenende tagen und einen spezifischen Themenbereich bearbeiten. Die Arbeit der Arbeitskreise soll durch externe Experten und/ oder Moderatoren unterstützt werden. Darüber hinaus sollen das ganze Jahr über Treffen der Arbeitskreise unterstützt werden, um die Arbeit zu verstetigen.

BILDUNGSPROGRAMM

Wir wollen unsere Arbeit professionalisieren und allen Jusos das Handwerkszeug dafür zur Verfügung stellen. Programmatische und technische Angebote, Seminare zur Kommunikation und Rhetorik, Bildungsbausteine (z.B. zur Kommunalpolitik) und Bildungsreisen sollen die Arbeit in den Kommissionen ergänzen. Diese Angebote des Landesverbandes sollen in einem Bildungsprogramm zusammengefasst werden. Das Bildungsprogramm wird durch den Landesvorstand, unter Beteiligung des Landesausschusses, erstellt und beschlossen. Das Programm soll für das jeweils 1. Halbjahr spätestens im November des Vorjahres und für das 2. Halbjahr spätestens im Mai desselben Jahres veröffentlicht werden. Es soll geprüft werden, ob sich der Landesverband an der Bildungsplattform der befreundeten Landesverbände Rheinland-Pfalz und Saarland beteiligen kann, oder mit anderen Landesverbänden eine eigene Bildungsplattform ins Leben rufen kann. Darüber hinaus ist eine Vernetzung mit den Bildungsangeboten der FES und den Angeboten der linken Jugendverbände anzustreben. Neben bereits qualifizierten SeminarleiterInnen sollen weitere GenossInnen gezielt geschult werden, um Wissen und Fähigkeiten in unserem Verband weiterzugeben. In Ergänzung zum Bildungsprogramm soll ein ReferentInnenpool aufgebaut werden, in dem Landesvorstandsmitglieder und weitere Mitglieder den Kreisverbänden themenspezifisch zur Verfügung stehen.

AUFTAKTWANDERN

Wie in den letzten Jahren bereits erfolgreich umgesetzt, soll das Auftaktwandern auch in den nächsten Jahren einen festen Termin im Kalender der Thüringer Jusos darstellen. Ziel ist es hier Zeit für die Diskussion aktueller politischer Themen zu haben. Das Auftaktwandern soll außerdem Raum dafür bieten Auftakt Diskussionen für größere Themenbereiche zu bieten. Diskussionen sollen mittels der Methode des open space diskutiert werden, um so gemeinschaftliche und selbstverantwortliche Debatten zu führen.

Vertretern der Kreisverbände soll des Weiteren die Möglichkeit gegeben werden sich über aktuelle Projekte oder Probleme auszutauschen und den Kreisverbänden damit die Möglichkeit einer engeren Verknüpfung zu geben.

BUCHENWALDSEMINAR

Dieses für den Landesverband traditionsreiche Seminarangebot soll wiederbelebt werden. Mit unseren FreundInnen aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland informieren wir uns unter den verschiedensten Aspekten über die schrecklichen Verbrechen im KZ Buchenwald in der Zeit des Nationalsozialismus und des folgenden stalinistischen Regimes. Durch einen Tag ehrenamtliche Arbeit für die Gedenkstätte Buchenwald im Rahmen des Seminars wollen wir einen Beitrag für den Kampf gegen

Faschismus, Diskriminierung und Antisemitismus leisten und dabei den in Buchenwald ermordeten Menschen gedenken.

LANDESKONFERENZ

Satzungsgemäß soll mindestens einmal im Jahr eine zweitägige Landeskonzferenz einberufen werden. Diese dient einerseits der Diskussion und dem Beschluss von Anträgen, zum anderen werden hier die Mandatsträger der Thüringer Jusos gewählt.

NETZWERKSTELLEN

Der Landesvorstand wird verschiedene Netzwerkstellen einrichten, die der Vernetzung der Kreisverbände, aber auch dem Austausch von Kompetenzen dienen sollen. Im Vordergrund wird dabei zunächst die Vernetzung aller Thüringer Jusos, die sich in Kommunalparlamenten engagieren, dienen. Hierzu soll zum einen eine Person als zentraler Ansprechpartner bestimmt werden. Diese soll dazu dienen, kurzfristig auf Fragen und Probleme zu reagieren. Zum anderen sollen jährliche Treffen organisiert werden, bei denen Themen bearbeitet werden die kommunalpolitisch aktiven Jusos von Bedeutung sind.

LANDESVORSTAND

Der Juso-Landesvorstand ist zuständig für die funktionierende Arbeit des Juso-Landesverbandes. Seine Verantwortlichkeit besteht dabei zum einen in der Pflege funktionierender innerverbandlicher und innerparteilicher Strukturen, wie die Kontaktpflege zu Juso-Kreisverbänden und zum Juso-Bundesverband, aber auch das Hineinwirken in die SPD Thüringen. Zum anderen hält der Landesvorstand Kontakt zu BündnispartnerInnen und ist die Außenvertretung der Jusos Thüringen. Kernaufgabe des Landesvorstandes ist die Gewährleistung der inhaltlichen Arbeit auf Landesebene und die Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes.

Damit der Landesvorstand die Fülle der Aufgaben erfüllen kann, ist es notwendig, Verantwortungsbereiche aufzuteilen. Auch kooptierte Mitglieder sollen stärker in die Arbeit eingebunden werden. Zur Absicherung der inhaltlichen Arbeit werden mindestens zwei Landesvorstandsmitglieder die Organisation eines Arbeitskreises übernehmen.

Um die Mitglieder besser über die Arbeit des Landesvorstandes zu informieren, wird dieser regelmäßig ein Informationsheft (ähnlich dem Inform) herausgeben. Dieses Heft dient vorrangig der Dokumentation inhaltlicher Themen sowie der Arbeit des Landesvorstandes.

Durch einen Seminarplan werden die Mitglieder in Zukunft frühzeitig über Kommissionswochenenden und andere Seminare des Landesverbandes und der Kreisverbände informiert. So wollen wir die Teilnahme durch frühzeitige Planung für alle ermöglichen. Das Eigenengagement von Kreisverbänden, eigene Seminare zu

organisieren und für alle Thüringer Jusos offen zu gestalten, wollen wir finanziell fördern.

Zur Gewährleistung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird der Landesvorstand zwei seiner Mitglieder benennen, die sich mit diesem Bereich befassen. Neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit sollen dabei angegangen werden (social networks, blogs usw.).

Zur Vernetzung mit BündnispartnerInnen und der SPD werden konkrete AnsprechpartnerInnen festgelegt.

Das Prinzip der Partnerschaften zu den Kreisverbänden soll fortgeführt und intensiviert werden. Der Landesverband sieht sich den strukturschwachen Kreisverbänden verpflichtet, Hilfe zu leisten. Unser Ziel ist es für alle Kreisverbände AnsprechpartnerInnen zu finden und wieder mehr Kreisverbände zu mehr Aktivität zu motivieren.

Zur besseren Koordinierung der kommunalpolitischen Arbeit der Kreisverbände wird ein Landesvorstandsmitglied für die Organisation der Netzwerkstelle „Kommunales“ zuständig sein.

LANDESAUSSCHUSS

Der Landesausschuss ist laut Satzung das höchste Beschlussgremium zwischen den Landeskonzferenzen. Er hat eine vernetzende Aufgabe zwischen dem Juso-Landesverband und den Kreisverbänden und dient dem Austausch über Aktionen, Kampagnen und Problemen.

Daneben bietet der Landesausschuss die Möglichkeit, sich zu aktuellen Themen auszutauschen und eine gemeinsame Position zu erarbeiten.

Über den Landesausschuss sollen die Kreisverbände Teilhabe an Entscheidungsprozessen des Landesverbandes erlangen und auch Kritik dem Landesvorstand gegenüber formulieren.

Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben soll der Landesausschuss etwa vierteljährlich tagen.

Zur Vernetzung zwischen Landesvorstand und Landesausschuss wird der/die Vorsitzende des Landesausschusses in den Landesvorstand der Jusos kooptiert.

KREISVERBÄNDE

Die Stützen des Landesverbandes sind starke und aktive Kreisverbände. Die bei den Jusos Thüringen anzutreffende Vielfalt in den Ansichten, Interessen und Arbeitsschwerpunkten wollen wir verstärkt in den Landesverband tragen. Mit dem Modell des rotierenden Kreis-Vorsitz-Vorsitzes (KVV) wollen wir den Kreisverbänden die Chance geben sich und ihre Positionen im Landesverband und der Öffentlichkeit zu präsentieren. Der KVV rotiert zweimonatlich. Der vorsitzende Kreisverband plant und organisiert mit Unterstützung des Landesvorstandes eine Veranstaltung im selbst gewählten Themenfeld. Dieses Modell startet am 1. Mai 2010. Der Landesvorstand veröffentlicht bis zum 15. Januar eine Liste aus der hervorgeht, welcher Kreisver-

band zu welchem Zeitpunkt den Vorsitz innehat. Über den Stand der Planungen in ihren Kreisverbänden unterrichten die Delegierten den Landesausschuss regelmäßig. Gewünscht und vom Landesvorstand zu fördern sind Kooperationsveranstaltungen zwischen aktiven und nichtaktiven Kreisverbänden.

JUSO-BUNDESVERBAND

Der Juso-Landesverband wird sich in den kommenden Jahren verstärkt auch in die Arbeit des Juso-Bundesverbandes einbringen. Angebote, wie das Juso-Sommercamp oder thematische Kongresse, sind bei den Thüringer Jusos gerne willkommen.

Dazu gehört auch die Beteiligung an der Kampagne „Linke Politik – Wir werden konkret!“, die wir in den Kreisverbänden kommunizieren und umsetzen wollen sowie durch deren inhaltliche Begleitung.

Thematisch wollen wir uns bei der Fortentwicklung der Juso-Positionen durch konstruktive Teilnahme an den Perspektivwochenenden einbringen. Unsere VertreterInnen in den Perspektivprojekten werden ihre Arbeit dabei stets mit den Arbeitskreisen auf Landesebene und dem Landesvorstand rückkoppeln und an der Weiterentwicklung der jeweiligen Landesverbandsbeschlusslage mitwirken sowie Beschlüsse des Landesverbandes in die Perspektivprojekte weitertragen.

Wichtigstes Ereignis auf Bundesverbandsebene ist auch für uns der jährlich stattfindende Bundeskongress, bei dem wir die Chance haben, Positionen des Landesverbandes auch im Bundesverband einzubringen und uns mit anderen Landesverbänden auszutauschen.

Gleiches möchten wir auch durch unsere Beteiligung in den Netzwerkstellen „Antifa“, „Bildung“, „Integration“, „SchülerInnen“, „Inneres“ und „Feminismus“ des Bundesverbandes erreichen. Daneben ist für uns auch die Mitarbeit im Ostgipfel zur Vernetzung unserer Arbeit mit den anderen Landesverbänden der neuen Bundesländer wichtig. Letztlich ist der ständige Austausch mit allen Landesverbänden notwendig, die uns inhaltlich nahe stehen.

AUSBLICK

Wir haben uns in diesem Arbeitsprogramm ehrgeizige Ziele gesetzt. Es ist nicht nur ein Arbeitsprogramm für den Landesvorstand sondern das aller Jusos in Thüringen. Nur durch eine aktive Mitarbeit auf allen Ebenen der Jusos können wir die Qualität unserer Arbeit ausbauen und unseren Einfluss in die Partei vergrößern.

Wir wollen unser Profil als eigenständigen Richtungsverband durch inhaltliche Diskussion und zukünftige Kampagnen stärken. Voraussetzung dafür ist eine stärkere Vernetzung zwischen Landesverband und Kreisverbänden.

Die Jusos müssen Anlaufpunkt für jeden jungen Menschen sein, der sich für mehr Solidarität und soziale

Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft einsetzen möchte, aber auch Ansprechpartner für linke Bündnisse, die durch die SPD in den letzten Jahren verprellt wurden.

In diesem Sinne lasst uns Seit an Seit gemeinsam in eine neue Zeit ziehen und unsere Ziele verwirklichen.

ARBEITSPAPIER

**JUSOS THÜRINGEN – KRITISCH,
SOZIAL, PROGRESSIV (A2)**

Grundlage für die Entwicklung eines Papiers zur zukünftigen Ausrichtung des Juso-Landesverbandes

1. ZIELSETZUNG UND SELBSTVERSTÄNDNIS

Wir JungsozialistInnen verstehen uns als lebendige linke Kraft in der SPD. Dabei sind wir mehr als eine bloße Nachwuchsorganisation unserer Partei. Innerhalb der SPD sind wir zum einen die kreative Kraft, die mit neuen Ideen und inhaltlicher Arbeit entscheidend dazu beiträgt, dass die Politik der SPD langfristig orientiert ist und die Kraft zur Erneuerung hat. Dabei sind wir zugleich das kritische linke Gewissen, welches auf drohende Fehlentwicklungen hinweist und innerparteilich konstruktive Kritik übt, wann immer uns dies erforderlich erscheint.

Darüber hinaus sind wir aber auch ein aktiver Jugendverband, der auch unabhängig von Parteiarbeit eine Vielzahl Freizeitaktivitäten politisch interessierter junger Menschen ausrichtet.

2. GRUNDSÄTZE UND AUSRICHTUNG

Die Jusos Thüringen sind ein linker, progressiver, ökologischer und basisdemokratischer Jugendverband. Werte wie Solidarität, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Toleranz und Chancengleichheit sind für uns unverzichtbare Grundpfeiler.

Wir kämpfen für eine solidarische Gesellschaft, in der jeder Mensch, unabhängig von seiner Herkunft gleiche Chancen zugesprochen bekommt. Unsere Vorstellungen einer modernen gerechten Gesellschaft sind geprägt von den untrennbar miteinander verbundenen Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Uns ist bewusst, dass sich unser Lebensstandard nicht ohne Veränderung bewahren lässt und dass eine Beibehaltung des Status Quo unter Ignorierung dieser Tatsache zwangsläufig zu Konflikten, Härten und Elend führen wird. Daher haben wir das Recht und die Pflicht, mitzureden und mitzugestalten, um eine friedliche, verantwortungsbewusste, solidarische und nachhaltige Zukunft zu schaffen. Dies bedeutet auch, sich von der Vorstellung zu lösen, dass alles bleibt, was ist. Wir als linker Jugendverband geben uns nicht mit der Bewahrung des Status Quo zufrieden. Der Fortschrittsgedanke, der der Sozialdemokratie inne liegt, bedarf auch zukünftig neuer Impulse. Wir Jusos werden diese Herausforderung annehmen und für unsere Ideen in der SPD, aber vor allem auch in der Gesellschaft werben.

Dazu gehört auch die Einsicht, dass Märkte zwar produktiv sind, aber kein Gewissen haben. Daher muss sich die Politik ihrer Verantwortung stellen, Regeln zu schaffen, durch welche eine soziale und ökologische

Wirtschaft gewährleistet wird. Im Gegensatz zur wirtschaftsliberalistischen Auffassung, die in der jüngeren Vergangenheit immer mehr um sich gegriffen hat, können wir es nicht akzeptieren, dass der Staat sich immer weiter aus dieser Verantwortung zurückzieht.

Die Zukunft zu gewinnen heißt auch, das Heute zu gestalten. Die gegenwärtige Situation der Menschen in unserer Gesellschaft verlangt tagesaktuelle Antworten. Die individuellen und gesellschaftlichen Schief lagen des kapitalistischen Systems müssen erkannt werden und bedürfen zeitnaher Korrekturen. Maßnahmen, die zur Verbesserung der Situation Benachteiligter beitragen, stellen einen Hauptbestandteil unserer Arbeit dar.

Es gilt, unser Jahrhundert neu zu gestalten. Dafür werden wir Jusos einen entscheidenden Beitrag leisten.

3. THEMATISCHE SCHWERPUNKTE

Unsere politische Arbeit ist nicht auf bestimmte Politikfelder begrenzt. So vielschichtig wie das Leben und die Gesellschaft sind, sind auch die Interessen unserer Mitglieder gestreut. Daher kommen von uns Vorschläge und Initiativen zu praktisch allen Bereichen der Politik. In verschiedenen Arbeitskreisen, die für alle Thüringer Jusos offen sind, treffen sich regelmäßig JungsozialistInnen aus ganz Thüringen, um die Arbeit in den Fachbereichen, an denen sie besonders interessiert sind, zu intensivieren.

SOZIALES THÜRINGEN

Wir stehen für eine solidarische und gerechte Beteiligung eines jeden Mitgliedes der Gesellschaft an den Risiken und Chancen unserer Zeit. Benachteiligungen aufgrund sozialer, geographischer oder ethnischer Herkunft, Behinderung, Geschlecht, sexueller Orientierung, oder ähnlichem, sind für uns inakzeptabel.

Menschliche Arbeit hat ihren Preis. Das Leben ist nicht kostenlos - niemand kommt um ein Mindestmaß an Grundausgaben wie Krankenversicherung, Nahrung, Kleidung, Wohnung, Energie, etc. herum. Menschen zu existenzgefährdenden Niedrigstlöhnen oder gar kostenlos arbeiten zu lassen, ist menschenverachtend. Da der Markt aber stets das billigste Angebot wählt, ist es die Pflicht der Politik, durch gesetzliche Mindestlöhne den Dumpingwettbewerb der Löhne zu stoppen.

ThüringerInnen sind nicht unproduktiv! Mit der Behauptung des Gegenteils stets eine geringere Bezahlung und geringere Tarifverträge für "ost"deutsche ArbeitnehmerInnen zu verabschieden, ist geradezu empörend. Die längst vergleichbaren Lebenshaltungskosten rechtfertigen diese Ungerechtigkeit ebenfalls längst nicht mehr. Der ursprüngliche Gedanke, durch niedrigere Löhne Investitionsanreize zu schaffen, hat sich in zwanzig Jahren Feldversuch als Trugschluss erwiesen.

Stattdessen hat das Lohngefälle zu Kaufkraftverlust und massiver Abwanderung gerade junger und hochqualifizierter Menschen aus dem sogenannten Osten

geführt, wodurch die Wirtschaftskraft hier stetig weiter abgenommen hat, weitere Arbeitsplätze und mit ihnen Kaufkraft verloren gingen usw.

Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden! Wir Jusos Thüringen fordern daher endlich gleiche Löhne in Ost und West, wenn nötig auch durch gesetzlichen Zwang.

Diskriminierung muss beseitigt, Gleichstellung sichergestellt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht werden. Geschlechtsbedingte Benachteiligung am Arbeitsplatz und bei der Berufswahl oder Stellensuche ist für uns ebenso wenig akzeptabel, wie die Verschlechterung frühkindlicher Betreuung. Die besorgniserregende Abwanderung junger Frauen aus Thüringen dürfen wir nicht als unveränderliches Schicksal annehmen. Für junge Familien und alleinerziehende Elternteile darf der Kinderwunsch nicht länger ein Armutsrisiko darstellen. Bundespolitisch ist hierzu die überholte steuerliche Förderung der Ehe durch eine steuerliche Förderung von Kindern zu ersetzen.

Lückenlose Erwerbsbiographien sind heute immer mehr die Ausnahme. Auslandsaufenthalte, Selbständigkeit und Phasen der Erwerbslosigkeit gehören dagegen zunehmend zur Normalität. Hierauf müssen die sozialen Sicherungssysteme abgestimmt und die gesellschaftliche, politische und unternehmerische Akzeptanz der veränderten Realität muss geschaffen werden.

Arbeitslosigkeit ist immer seltener selbstverschuldet und kann heute praktisch jeden treffen. Daher muss sichergestellt werden, dass Arbeitssuchende unterstützt und mit Würde und Respekt behandelt werden. Wir Jusos scheuen uns dabei nicht, auch Fehler in der Hartz-Gesetzgebung zu kritisieren.

WELTOFFENES THÜRINGEN

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind für uns inakzeptabel. Daher bekämpfen wir Faschismus und Rechtsextremismus genauso, wie eine diskriminierende Flüchtlingspolitik, die sich in menschenverachtenden Gängeleien wie Gutscheinregelungen und Residenzpflicht äußert. Wir wollen eine gewaltfreie und tolerante Gesellschaft, die nicht ausgrenzt, sondern integriert.

BILDUNGSLAND THÜRINGEN

Wir wollen eine zukunftsorientierte Bildungspolitik ohne finanzielle Hürden. Studiengebühren lehnen wir ebenso ab, wie indirekte Schulgebühren z.B. durch Schulbuchbeiträge oder Essensgeld.

Unser Ziel ist ein Bildungssystem, welches moderne Erkenntnisse der Lernforschung umsetzt und auf Motivation, statt Selektion und überholter preußischer Methoden des 19. Jahrhunderts setzt.

Bildung beginnt dabei bereits im frühen Kindesalter und endet nie. Daher gilt es, frühkindliche Bildung auszubauen und lebenslanges Lernen zu ermöglichen.

JUGENDPOLITIK

Junge Menschen müssen die Konsequenzen der Entscheidungen, die heute getroffen werden, von allen Menschen in dieser Gesellschaft am längsten tragen. Daher haben sie auch die höchste Legitimation, hier mitzuentcheiden! Aus diesem Grunde sind wir zum einen Sprachrohr der jungen Generation, sowie künftiger Generationen, fordern zum anderen aber auch selber Entscheidungsbefugnisse ein. Ein Dialog der Generationen kann nur auf Augenhöhe stattfinden.

Unter anderem treten wir daher für das allgemeine Wahlrecht ab 16 ein.

KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK

Der Klimawandel bedroht die Existenz unserer Gesellschaft und die Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit. Die Problematik des Treibhauseffektes und der Zusammenhang zwischen Kohlendioxidemission und Erderwärmung sind seit Jahrzehnten bekannt. Inzwischen ist eine Erwärmung der Erde um gut 2° Celsius selbst bei sofortigem Stopp aller Treibhausgasemissionen nicht mehr zu verhindern. Tatsächlich steigen die Emissionen der Menschheit aber sogar weiter.

Zudem steht das Ende des Erdölzeitalters unmittelbar bevor, während unsere gesamte Wirtschaft, Produktion und der Verkehr weiterhin auf Gedeih und Verderb von erschwinglichem Erdöl abhängig sind. Aufgrund der rapide steigenden Nachfrage in Schwellenländern wie Indien und China steigt die Nachfrage mit zunehmendem Tempo. Gleichzeitig lässt sich ein Rückgang des Weltangebots an Erdöl aufgrund der schwindenden Vorräte kaum noch vermeiden. Eine Weltwirtschaftskrise unvorstellbaren Ausmaßes mit militärischen Konflikten, Hunger und sozialer Not lässt sich nur durch ein schnellstmögliches Umsteuern auf nachhaltige Alternativen verhindern.

Wir Jusos Thüringen fordern daher ein Ende dieser verantwortungslosen Gleichgültigkeit gegenüber unserer und künftigen Generationen und setzen uns für eine nachhaltige und verantwortungsbewusste Energiepolitik ein, welche ein Maximum an Lebensstandard und -qualität auch ohne fossile Energieträger ermöglicht.

SICHERHEIT UND FREIHEIT

Sicherheit ist ein legitimes Anliegen. Freiheit für Sicherheit zu opfern, ist dagegen gefährlich und sorgfältigst zu überdenken. Leider wurde mit Verweis auf den internationalen Terrorismus in den vergangenen Jahren immer mehr Freiheit für einen meist fragwürdigen Gewinn an Sicherheit geopfert. Eine funktionierende freiheitliche und demokratische Gesellschaft braucht aber auch

Privatsphäre. Immer weiter ausufernde Vorratsdatenspeicherung, Überwachung und biometrische Erfassung schüchtern die Menschen dagegen ein, stellen jedeN BürgerIn unter Generalverdacht und haben mit Freiheit nichts mehr zu tun. Dasselbe gilt für die zunehmend um sich greifende Verbotskultur, welche den Menschen immer mehr Vorschriften macht, wie sie sich zu verhalten haben und welche Freiräume zunehmend einschränkt oder abschafft.

Wir Jusos Thüringen akzeptieren nicht, dass nur weil eine Minderheit die Regeln einer solidarischen, freiheitlichen Gesellschaft nicht achtet, die Mehrheit zu einem Leben in Unfreiheit gezwungen wird.

BILDUNG

AUFRUF ZUR GRÜNDUNG VON GEMEINSCHAFTSSCHULEN (B3)

(Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag, an die SPD-Kreisvorstände und die Ortsvereine)

Die im Koalitionsvertrag versprochene Einführung einer Option zum längeren gemeinsamen Lernen ist ein Arbeitsauftrag für die SPD Thüringen. Wir rufen alle Mitglieder auf sich in allen Ebenen für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen stark zu machen.

BILDUNG

BOLOGNA – NO LONGER! (B4)

AUSGANGSSITUATION

In diesem jährt sich die Bologna-Erklärung, welche im Jahre 1999 von 29 europäischen BildungsministerInnen unterzeichnet wurde, bereits zum 10. Mal. Mit ihr verbunden war das Ziel, einen europäischen Hochschulraum einzurichten, welcher sich unter anderem durch ein System leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse auszeichnen sollten. Zur Verwirklichung dieses Zieles verständigte man sich darauf, ein gestuftes Studiensystem einzuführen. Weiterhin stand die Erhöhung der Mobilität der Studierenden im Vordergrund, was bedeutet, dass mehr Studierende während ihres Studiums ein oder mehr Semester im Ausland verbringen sollte. Daneben sollte auch die soziale Dimension der Hochschulbildung mehr ins Blickfeld gerückt werden. Erreicht werden sollte damit, dass der Anteil von Studierenden aus sozial schwachen Familien erhöht werden sollte. Nicht zuletzt ist es auch ein Ziel des Bologna-Prozesses, die studentische Beteiligung an Entscheidungsprozessen zu erhöhen.

Für uns Jusos bleibt feststellbar: die Ziele des Bologna-Prozesses teilen wir! Gleichwohl sehen wir die Ausrichtung des Bildungsbegriffs auf einen ökonomischen Zweck hin kritisch. Deshalb muss innerhalb der

Bologna-Debatte auch der Bildungsbegriff an sich stärker in Blickfeld rücken.

10 JAHRE HEHRE ZIELE

Mit der Umsetzung der Bologna-Reform wurde die Situation für viele Studierende nicht besser sondern schlechter, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die Umsetzung auf nationalstaatlicher Ebene belassen wurde. Europäische Standards gibt es nicht! Einzig formale Instrumente, wie beispielsweise Credit Points zur Bewertung von Leistungen, sind in allen teilnehmenden Staaten vorhanden. Die Ausgestaltung obliegt aber weiterhin den Einzelstaaten selbst, was dem Ziel eines Europäischen Hochschulraumes fundamental entgegenwirkt, weil feststellbar ist, dass es nur einzelstaatliche Lösungsversuche gibt. Viel eklatanter ist noch, dass selbst in Deutschland kein einheitliches System vorzufinden ist, da Hochschulpolitik Ländersache ist. So sind die Abschlüsse selbst auf nationalstaatlicher Ebene teilweise nicht vergleichbar, was den Wechsel der Hochschule zusätzlich erschwert. So ist es an manchen Hochschulen die Regel, dass achtsemestrige Bachelor-Abschlüsse angeboten werden, während andernorts das Studium nur sechs Semester dauert. Eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse rückt damit in weite Ferne.

Eine schwerwiegende Begleiterscheinung der Bologna-Reform ist die systematische Überforderung der Studierenden. Diese ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die alten Studiengänge, welche üblicherweise 5 Jahre dauerten, mit vollem Lerninhalt auf drei Jahre verkürzt wurden. Dies führt zu einer Überbelastung der Studierenden, weil der gleiche Lernstoff in kürzerer Zeit zu bewältigen ist. Zusätzlich führt diese Tendenz zu einer erheblichen Erhöhung der Prüfungsdichte. Wurden im alten Studiensystem noch Zwischenprüfungen geschrieben, ist es nun Gang und Gäbe, dass jedes Modul oder gar jede Veranstaltung einzeln geprüft wird, wodurch für Studierende in Bachelor-Studiengängen 5 und mehr Prüfungen zur Regel werden. Damit wird ein Ziel des Bologna-Prozesses, die AbsolventInnenquote zu erhöhen, verfehlt, weil durch die Überforderung der Studierenden mehr Menschen ihr Studium abbrechen.

Wir stellen fest, dass die Bologna-Reformen dem Ziel einer individuellen Studienausrichtung nicht gerecht wird, was vor allem dadurch bedingt ist, dass zusätzliche Inhalte als Pflichtstoff deklariert werden. Einhergehend damit ist eine zunehmende Verschulung des Studiums. Studierende sind angehalten, sich an einen Musterstudienplan zu halten, der in einigen Fächern dafür sorgt, dass eine freie Auswahl von Studieninhalten nahezu unmöglich wird. Vor allem in den geisteswissenschaftlichen Fächern beschränkt sich die freie Auswahl von Lerninhalten fast nur noch auf Seminare, die zusammen mit einer Pflichtvorlesung im jeweiligen Seminar abgeleistet werden müssen. Dazu kommt, dass zur Messung des Workloads auf breiter Front Anwesenheitspflichten eingeführt wurden. Der

individuellen Ausgestaltung des Studiums werden solche Instrumente nicht gerecht.

Als Folge der Überbelastung der Studierenden wird ein weiteres Ziel, nämlich die Erhöhung der Mobilität, in weite Ferne gerückt. Tatsächlich beweisen Studien, dass der Anteil derjenigen Studierenden, welche ein Auslandssemester machen, mit der Einführung der Bologna-Reformen stetig zurückgeht.

Das System der gestuften Abschlüsse in ihrer derzeitigen Ausgestaltung halten wir für problematisch, weil es de facto ein Zweiklassen-System von Abschlüssen einführt. Nicht allen Studierenden steht ein Masterstudium offen, was zu einer erhöhten Konkurrenz unter Ihnen führt. Studierende, die möglichst wenig auf Solidarität bedacht sind, sondern stattdessen lieber die eigenen Interessen in den Vordergrund stellen, sind die Folge. Daraus folgt für uns auch, dass der Anteil der Studierenden, die sich neben dem Studium sozial oder politisch engagieren, zurückgeht. Dies wird daneben auch durch die angesprochene Überbelastung forciert.

Selbst diese kurze Analyse zeigt schon auf, dass die hehren Ziele der Bologna-Reform in großen Teilen verfehlt wurden.

DIE ZIELE EINFORDERN!

Die neue Landesregierung hat im Koalitionsvertrag festgelegt, dass der Bologna-Prozess evaluiert werden soll. Wir Jusos sind der Meinung, dass es nicht bei einer Evaluation belassen werden darf. Die Fehler der Reform liegen auf der Hand und werden durch zahlreiche studentische Proteste der Politik immer wieder vor Augen geführt. Wir appellieren deshalb: wir brauchen keine Evaluationen, sondern eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Reform!

Dazu gehört für uns, dass tatsächliche Verbesserungen angestrebt werden. Bachelor-Studiengänge sollen grundsätzlich auf acht Semester ausgeweitet werden. Dies wirkt einer Überforderung der Studierenden entgegen. Daneben muss das Studium wieder flexibilisiert werden. Alle Module als Pflichtveranstaltungen festzulegen, hat mit selbstbestimmten Lernen nichts gemein. Stattdessen muss eine weitgehend freie Wahl der Studieninhalte gewährleistet sein. Dies hat auch den Nebeneffekt, dass Studierende wirklich motiviert sind, nachhaltig zu lernen.

Der Ausdruck „Bulimielernen“ ist durch die derzeitige Ausrichtung des Bologna-Prozesses schon in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen. Wir fordern deshalb, die Prüfungsichte nachhaltig zu reduzieren. Es kann nicht der Sinn eines Studiums sein, Inhalte kurzfristig zu lernen, um sie anschließend möglichst schnell wieder zu vergessen. Das Studium soll Menschen umfassend qualifizieren und ihnen nicht aufzeigen, wie man möglichst effizient sein Leben bestreitet.

Um der Zweiklassenbildung entgegenzuwirken muss der Master zum Regelstudienabschluss erhoben wer-

den. Damit ist auch verbunden, dass es einen Rechtsanspruch auf ein Masterstudium gibt. JedeR muss die Möglichkeit haben, ein solches Studium zu machen, unabhängig davon, ob der Bachelor-Abschluss mit einer entsprechend guten Note erreicht wurde. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen außerdem die Lehrkapazitäten der Universitäten aufgestockt werden. So lange, wie die Ressourcen in Masterstudiengängen bewusst knapp gehalten werden, ist ein breiter Zugang zu einem solchen Studium nicht zu gewährleisten.

Nicht zuletzt fordern wir auch, dass soziales Engagement als Studienleistung im Rahmen Allgemeiner Schlüsselqualifikationen anerkannt wird. An einigen Hochschulen ist das schon Realität. Dadurch erreichen wir, dass einem Hochschulstudium mit Scheuklappen, welche den Blick über den Tellerrand verwehren, entgegengewirkt wird und erhöhen zusätzlich auch die Eigenverantwortung der Studierenden.

FAZIT

Wir Jusos bleiben der Meinung: die Ziele des Bologna-Prozesses sind verfehlt worden. Es besteht ein hoher Handlungsdruck seitens der Landesregierung. Wir fordern deshalb eine ehrliche Bewertung der Reform, die vor allem die Kritik der Studierenden mit in den Blick zieht, statt wie bisher, über ihre Köpfe hinweg eine Reform durchzupeitschen, die ihnen nachhaltig schadet.

BILDUNG

OHNE JEDEN KOMPROMISS – STUDIENGEBÜHREN MÜSSEN WEG! (B5)

AUSGANGSITUATION

Im Thüringer Landtagswahlkampf 2009 haben SPD und Jusos gemeinsam für ein gerechte Hochschulfinanzierung und die Abschaffung, der von der CDU eingeführten, Studiengebühren gekämpft.

Im Besonderen hat der 2007, im Rahmen der Novellierung des Thüringer Hochschulgesetzes, eingeführte Verwaltungskostenbeitrag, welcher für uns mit allgemeinen Studiengebühren gleichbedeutend ist, zu einer Protestwelle der Studierenden an den Hochschulen geführt.

In den Koalitionsverhandlungen mit der CDU konnte sich die SPD mit ihrer Forderung zur Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrages durchsetzen. Diesen Punkt begrüßen die Jusos Thüringen außerordentlich, halten aber diese Forderung für nicht weitgehend genug! Neben dem Verwaltungskostenbeitrag werden in Thüringen noch immer Langzeitstudiengebühren, Zweitstudiengebühren und SeniorInnenstudiengebühren erhoben. Das Thüringer Hochschulgeltgesetz

ermöglicht den Hochschulen zudem, Gebühren für sämtliche Dienstleistungen zu erheben.

Für die Jusos Thüringen ist und bleibt klar: Studiengebühren sind kein Instrument der Hochschulfinanzierung, sondern ein Instrument sozialer Selektion und der Privatisierung von Bildung. Bildung als öffentliches Gut muss aus den öffentlichen Haushalten von Bund und Ländern finanziert werden. Jegliche Form von Studiengebühren lehnen wir deshalb konsequent ab.

LANGZEITSTUDIENGEBÜHREN

Durch eine Änderung des Hochschulgesetzes im Jahre 2003 müssen die Thüringer Hochschulen Langzeitstudiengebühren in Höhe von 500 Euro ab dem vierten Semester über der Regelstudienzeit erheben.

Gerade Langzeitstudiengebühren wirken sich stark sozial selektiv aus. Studierende aus nicht einkommensstarken Elternhäusern müssen häufiger neben ihrem Studium einer bezahlten Beschäftigung nachgehen und können nicht innerhalb der Regelstudienzeit ihre Pflichtmodule absolvieren. Langzeitstudiengebühren nehmen ebenso Anreize für die Aufnahme ehrenamtlichen Engagements.

ZWEITSTUDIENGEBÜHREN

Für uns Jusos steht die Freiheit jedes Menschen im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Darunter fällt auch, dass jedeR nach ihren/seinen persönlichen Interessen und Stärken ein Studium aufnimmt – egal ob Erst- oder Zweitstudium. Das ThürHGEG widerspricht diesem Interesse in voller Gänze, indem es für ein Zweitstudium, welches nicht auf dem ersten Studiengang aufbaut, Zweitstudiengebühren in Höhe von 500 Euro festsetzt. Diese Zugangshürde muss beseitigt werden, um dem Ziel, die persönliche Freiheit jedes Menschen zu fördern, entgegenzukommen. Nur so kann Bildung eine gesellschaftlich integrative Wirkung entwickeln.

SENIORINNENSTUDIENGEBÜHREN

In Höhe von 125 Euro bis 500 Euro, abhängig von den Studienplatzkosten, können Hochschulen SeniorInnenstudiengebühren ab Vollendung des 60. Lebensjahrs erheben. Dies steht diametral dem Ziel des lebenslangen Lernens gegenüber. Jeder Mensch unabhängig vom Alter und seiner sozialen Stellung muss die Möglichkeit gegeben sein, ein Studium aufzunehmen. Bildung ist für uns Jusos keine Frage des Alters und seiner darauffolgenden ökonomischen Verwertbarkeit!

WEITERE GEBÜHREN IM THÜRHGEG

Neben den Bereits genannten Gebühren haben die Thüringer Hochschulen beispielsweise die Möglichkeit Gebühren für GasthörerInnen, Exkursionsgebühren,

Gebühren für Skripte, Eingangstest und Bibliotheksbenutzung zu erheben.

Gerade hier besteht die Gefahr, dass die Hochschulen die fehlenden Verwaltungskostenbeitragsmittel durch diese Gebühren versuchen zu kompensieren. Gerade diese Gebühren schrecken aufgrund ihrer Unkalkulierbarkeit Menschen von der Aufnahme eines Studiums ab.

DIE SPD ALS PARTEI SOZIAL GERECHTER BILDUNGSPOLITIK

Trotz Kompetenzverlust in vielen Bereichen wird die SPD noch immer als Bildungspartei wahrgenommen. Aufgrund unserer deutlichen Absage an den Verwaltungskostenbeitrag und dem Wissen, dass Studiengebühren sozial selektiv wirken, konnten wir viele Studierende im Landtagswahlkampf von der SPD überzeugen.

Einen ersten wichtigen Schritt haben wir mit der Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags gemacht. Jetzt müssen weitere Folgen. Glaubwürdigkeit entsteht nicht durch Wahlkampfreden, sondern durch politisches Handeln. Ausgehend von der sozialdemokratischen Idee der gesellschaftlichen Teilhabe durch Bildung müssen wir auch das Hochschulstudium von allen sozial selektiven Hürden befreien. An mittelfristigen politischen Mehrheiten für diese Forderungen muss die SPD arbeiten. Es muss auch Ansinnen der SPD in dieser Legislaturperiode sein ein Verfassungsverbot von Studiengebühren festzuschreiben.

UNSER KAMPF GEHT WEITER

Wir Jusos haben uns aktiv in den Kampf gegen Studiengebühren eingebracht. Das werden wir auch weiterhin tun, unabhängig von der Regierungspolitik der SPD. Durch die Stärkung von Bündnissen gegen Studiengebühren und unserer aktiven Teilnahme bei der Konferenz Thüringer Studierendenschaften werden wir solange wie nötig Druck auf das Regierungshandeln ausüben. Weiterhin werden wir auch die Organisation zum Bildungsstreik unterstützen und auch dort die Forderung nach einem gebührenfreien Studium mit tausenden auf der Straße artikulieren.

SOZIALES / WIRTSCHAFT

ARBEITSKRITIK / ZUKUNFT DER ERWERBSARBEIT (C1)

Erwerbsarbeit nimmt in unserer Gesellschaft nach wie vor einen großen Stellenwert ein. Sie ist zentrales Instrument gesellschaftlicher Integration und die Basis für gesellschaftliche Teilhabe.

Was Emile Durkheim bereits Ende des 19. Jahrhunderts formulierte, hat auch in der gegenwärtigen Gesellschaft nicht an Aktualität verloren. Auch prominente, zeitgenössische Soziologen, wie Robert Castel oder Martin Kronauer, verweisen auf den etablierten Stellenwert von Erwerbsarbeit. Demnach erlebt nur derjenige gesellschaftliche Teilhabe, der auch einer Erwerbsarbeit nachgeht. Arbeit wird im Kontext immer in einer relativ engen Definition gefasst. Gemeint ist das klassische Normalarbeitsverhältnis, welches die – in „alten Ländern der Bundesrepublik Deutschlands“ vor allem männlich geprägte – durchgängige Erwerbsbiographie ohne Befristung, in Vollzeitätigkeit mit angemessener Entlohnung meint. Die Anforderung einer derartigen Partizipation am Erwerbsleben wird sowohl von der Gesellschaft an das Individuum gestellt und als gesellschaftlicher Beitrag verstanden, aber auch von den Individuen als selbstverständlich erachtet. Erwerbsarbeit ist also von beiden Seiten als gesellschaftliche Norm und als „Normalzustand“ gesetzt.

Dennoch werden in den letzten Jahren immer wieder Debatten laut, dass bei weitem nicht mehr jeder diesem Anspruch – ob selbst gesetzt oder von der Gesellschaft oktroyiert – nachkommen kann. Dies wird durch die steigende Anzahl der Langzeitarbeitslosen sichtbar.

Damit wird der Druck zur möglichst raschen Wiedereingliederung in die Erwerbsarbeit deutlich erhöht. Was bei, aus welchen Gründen auch immer, resultierender Erfolglosigkeit der Jobsuche zu einer Stigmatisierung des Langzeitarbeitslosen führt.

Zum anderen aber auch am immer größer werdenden Anteil von Menschen in prekärer Beschäftigung sichtbar wird. Während die einen den Zugang zum Arbeitsmarkt mehr oder weniger gänzlich verloren haben, sind die anderen schlechterer Entlohnung, geringeren Schutzrechten oder schlechteren betrieblichen Mitbestimmungsrechten als ihre KollegInnen im Normarbeitsverhältnis ausgesetzt. Dadurch bedingt kommt es gleichzeitig zu einer Einschränkung von individueller Freiheit, Selbstbestimmung und Kreativität des Menschen. Die „gute ArbeiterIn“ lebt in der Arbeitsgesellschaft des 21. Jahrhunderts einzig und allein für seine ArbeitgeberIn.

Gehört man nicht zu dieser schönen neuen Arbeitswelt, wird die gesellschaftliche Integration und die damit verbundene soziokulturelle Teilhabe über soziale

Sicherungssysteme sichergestellt. Der überwiegende Teil der sozialen Sicherungssysteme ist an die Lohnerwerbsarbeit geknüpft, dies wird besonders beim Arbeitslosengeld II im Rahmen des SGB II deutlich. Nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ sind hier Menschen mit einem System von Zwang und Kontrolle konfrontiert. Mit dem Ziel die „Erwerbssuchende“ wieder auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen. Dabei wird auf ein System der Stigmatisierung und Repression durch die jeweiligen verantwortlichen Stellen gesetzt.

Hieraus wird deutlich, die Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens wird geprägt durch eine Leistungsgerechtigkeit, nur wer einer (durch die Mehrheitsgesellschaft definierten) sinnvollen und produktiven Lohnerwerbsarbeit nachgeht hat das Anrecht auf gesellschaftlicher Partizipation.

Die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe ist also nicht die Existenz als Mensch, sondern wie verwertbar ist das was er tue. Dies ist ganz interpretierbar im Sinne von Aristoteles „Sind die Menschen einander nicht gleich dürfen sie nicht Gleiches erhalten“, mit der er die antike Sklavengesellschaft rechtfertigte.

Ein Ausweg aus dieser menschenverachtenden Leistungsgerechtigkeit und diesem Prinzip der Ungerechtigkeit kann nur im Paradigmenwechsel mit der Zuwendung zu einer Bedürfnisgerechtigkeit sein, wie es sich für ein humanistisches System gehört.

Im Rahmen der Kommission (des Arbeitskreises) „Gute Arbeit“ soll die innerverbandliche Diskussion zur „Arbeitskritik“ forciert werden und eine Positionierung der Jusos Thüringen zum Thema „Erwerbsarbeit im 21. Jahrhundert“ erarbeitet werden.

SOZIALES / WIRTSCHAFT

GEGEN JEDE FORM VON SANKTION UND ZUMUTBARKEIT GEGENÜBER ARBEITSLOSEN (C2)

Nutzen und Auswirkungen der Hartz-Reformen sind nach wie vor umstritten. Von Befürwortern gelobt, weil diejenigen die sich in der sozialen Hängematte ausruhen, endlich aktiviert würden, wurden von Kritikern immer wieder unzureichendes Leistungsniveau und der Zwang zur Aufnahme jeder, noch so schlechten, Erwerbstätigkeit angemahnt. Grundlage dieser Auseinandersetzung ist die Frage, ob jede Arbeit besser als keine ist, unabhängig von Entlohnung, Qualifikationsniveau oder den konkreten Arbeitsbedingungen. Die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit wird auf die Individuen verlagert. Ebenso wird der Anspruch gestellt, dass sie vor allem selbst für ihre Wiedereingliederung verantwortlich sind. Unterstützt werden soll dies durch die Aktivierung der Arbeitslosen. Diese soll vorrangig

durch Maßnahmen wie Sanktionen und Zumutbarkeit gefördert werden soll.

Dabei umfassen Sanktionen und Zumutbarkeiten all die Bestimmungen, die darauf zielen, dem Zwang, jedes Arbeitsverhältnis der Erwerbslosigkeit und damit dem Leistungsbezug vorzuziehen, Geltung zu verschaffen bzw. Bestimmungen, welche die Nicht-Ausübung einer Erwerbstätigkeit der individuellen Verantwortung stellen. Im Kontext des „Fördern und Fordern“ gehören sie zu den fordernden Elementen der Reform.

Wir lehnen solche Formen von Sanktionen und Zumutbarkeit ab und fordern die Abschaffung dieser Regelungen. Sie unterstützen ein Menschenbild, welches dem überwiegenden Anteil der Arbeitslosen nicht gerecht wird, weil es propagiert, dass Arbeitslose keine Motivation zur Aufnahme einer Arbeit haben und es der Aktivierung des Staates bedarf um dies zu fördern. Gesellschaft und Staat sind für alle ihre Mitglieder verantwortlich, auch für die, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen.

Konkret umfasst dies folgendes:

- Die Androhung oder das Verhängen von finanziellen Sanktionen.
- Die Ausgabe von Lebensmittelgutscheinen als Ersatz direkter finanzieller Transferleistungen.
- Den Zwang zur räumlichen und beruflichen Konzessionsbereitschaft: Die Forderung jede Arbeit aufzunehmen, unabhängig von Entlohnung, Ausbildung oder Ort.
- Das Leistungsniveau von 351 Euro: Bereits nach i.d.R. einem Jahr der Arbeitslosigkeit ist damit keine Status- sondern wenn überhaupt noch nur noch eine Existenzsicherung möglich.
- Entprivatisierung des Privaten: Das Offenlegen aller finanzieller Bezüge und von Vermögen, auch des Partners sowie anderer Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft wird an den Leistungsbezug gekoppelt.
- Die Kopplung des Leistungsbezugs an die Bedarfsgemeinschaft: Die Anrechnung des Einkommens des Partners zwingt den Arbeitslosen in die Abhängigkeit des Partners.
- Die Aufwendungskosten für Wohnraum: Die Androhung eines Umzugs stellen nicht nur i.d.R. unverhältnismäßige dar, sie sind auch ein massiver Eingriff in die in die Privatsphäre. Auch die direkte Zahlung der Miete durch den Grundsicherungsträger an den Vermieter lehnen wir ab, es denn dieses Vorgehen geschieht auf den ausdrücklichen Wunsch des Hilfeempfängers.
- Die Residenzpflicht für unter 25jährige: Jungen Menschen, die jünger als 25 Jahre sind, sind verpflichtet in der elterlichen Wohnung zu bleiben,

ansonsten drohen ihnen Kürzungen der Regelleistungen und keine Übernahme der Mietkosten

- Kontrolle der Eigenbemühungen durch die Eingliederungsvereinbarung: Jeder Arbeitslose ist verpflichtet die Such- und Bewerbungsbemühungen und damit die Arbeitswilligkeit zu dokumentieren. Auf den Inhalt der Eingliederungsvereinbarung kann der Arbeitslose wiederum kaum Einfluss nehmen. Sie ist lediglich Kontrollinstrument für die Arbeitsverwaltung auf deren Basis deren Nicht-Einhaltung finanzielle Sanktionen ausgesprochen werden.
- Stigmatisierung: Der Bezug von Arbeitslosengeld II ist mit einer massiven Stigmatisierung verbunden, deren Ausgangspunkt auch in Regelungen zu Sanktionen und Zumutbarkeiten liegt. Mit der Einführung des SGB II wurden Menschen in die Nähe der Sozialhilfeempfänger gebracht, die bis dato Teil der Mittelschicht gewesen sind. Die grundlegende Annahme, dass Erwerbslose nicht arbeiten wollen und spezielle Forderungen an sie zu stellen sind, unterstützt diese Sichtweise.
- Die Ungleichheit der Verhandlungspartner: Vielen Rechten der Arbeitsverwaltung stehen viele Pflichten des Arbeitslosen gegenüber. Während der Vertreter des Grundsicherungsträgers über eine Vielzahl an Maßnahmen zur Disziplinierung des Arbeitslosen verfügt, hat der Arbeitslose kaum eine Möglichkeit Druck auf die Arbeitsverwaltung auszuüben.

SOZIALES / WIRTSCHAFT

GUTE ARBEITSPLÄTZE IN THÜRINGEN FÖRDERN (C3)

Der Landesvorstand der SPD Thüringen wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass nur an den Arbeitgeber öffentliche Aufträge vergeben werden, der sich für die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen seiner Beschäftigten einsetzt.

Die Aufnahme des Mindestlohns in das Vergabegesetz ist hierfür ein erster wichtiger Schritt. An dieser Forderung müssen wir festhalten.

Darüber hinaus muss aber auch die Einhaltung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ausreichend berücksichtigt werden. Ein entsprechender Passus, der wesentliche Arbeits- und Gesundheitsschutzroutinen, wie sie im Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) beschrieben werden, berücksichtigt ist in das Vergabegesetz aufzunehmen.

Gute Arbeit umfasst mehr als die Entlohnungssituation von Arbeitnehmern. Das ArbSchG verpflichtet die Arbeitgeber auf unterschiedliche Weise auf die Verbesserung der Arbeitssituation hinzuwirken. Demnach ist sowohl die regelmäßige Unterweisung (§ 2, ArbSchG) als auch die regelmäßige Beurteilung der

Arbeitsbedingungen nach § 5 ArbSchG – in Form der so genannten Gefährdungsbeurteilung – Pflicht des Arbeitgebers. Diese Arbeitsschutzmaßnahmen weisen aber nach wie vor deutliche Lücken auf. Nur ein kleiner Teil der Betriebe führt tatsächlich regelmäßig eine Gefährdungsbeurteilung durch, die diesen Namen auch verdient.

Öffentliche Aufträge sollen nur an Betriebe vergeben werden die dem Arbeits- und Gesundheitsschutz ihrer Beschäftigten einen zentralen Stellenwert beimessen. Regelmäßige Unterweisungen und die Vorlage einer aktuellen Gefährdungsbeurteilung, sowie der Nachweis, dass erkannte Gefährdungen nachhaltig beseitigt werden.

SOZIALES / WIRTSCHAFT

EIN ENDE DEM PRIVATISIERUNGSWAHN – ÖFFENTLICHE DASEINS- VORSORGE STÄRKEN (C4)

DIE GANZE WELT DENKT NEOLIBERAL

Grundlage des Privatisierungswahns der 1990er und 2000er Jahre ist die seit den 1980er Jahren weltumspannende Ideologie des Neoliberalismus. Der Neoliberalismus beeinflusst seitdem maßgeblich das wirtschaftspolitische Handeln weltweiter Organisationen, wie der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, der Welthandelsorganisation und der Organisation für ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung. So hat sich diese Ideologie auch zur Triebfeder vieler Reformprogramme nationaler Regierungen erhoben. Die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Bundesrepublik Deutschland fußt auf der Idee des klassischen Liberalismus, setzt sich aber deutlich von der Konstruktion von alleinig frei funktionierenden Märkten ab. Der Staat sollte den Ordnungsrahmen für einen freien Wettbewerb schaffen und sozialpolitische Korrekturen vornehmen, um sozialen Ausgleich zu ermöglichen.

In anderen Teilen der Welt setzte man voll auf die Selbststeuerung der Märkte. Die Vordenker dieser Ideologie waren vor allem in England und den USA zu finden.

Daher ist es auch kein Zufall, dass der heutige Neoliberalismus auf die Idee der „Chicagoer Schule“ zurückgeht. Eine privat ausgerichtete Wirtschaft gilt als Garant für Stabilität und Fortschritt. Jeder Eingriff des Staates in den Wirtschaftskreislauf würde demnach zu Instabilität und Verwerfungen führen. Die Neoliberale Ideologie fordert die Privatisierung von Staatsbetrieben sowie den Verkauf von Staatsbeteiligungen. Durch ein einfaches Steuersystem mit niedrigen Steuersätzen und

den Abbau der Bürokratie soll der Einfluss des Staates zurückgedrängt werden. Die staatlichen sozialen Sicherungssysteme sollen auch privatisiert und dem freien Wettbewerb übergeben werden. Staatliche Leistungen sollen sich auf die wirklichen Bedürftigen reduzieren. Jede geld- und fiskalpolitische Steuerung durch die Politik hat zu unterbleiben. Konjunkturprogramme und Subventionen sind im Sinne der Ideologie des Neoliberalismus verboten.

Der entscheidende Parameter neoliberalen Denkens ist eine ausschließlich angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die durch günstige Produktion den Konsum anregen soll. Damit verbunden sind die Senkung von Löhnen und Lohnnebenkosten sowie der Einführung günstiger Unternehmenssteuern.

DER UNTERNEHMERISCH TÄTIGE STAAT

Der öffentliche Wirtschaftssektor entstand in der Mitte des 19. Jahrhunderts im Zuge der Industrialisierung und der damit einhergehenden Landflucht der Bevölkerung. Vorrangig wurden kommunale Investitionen im Bereich der Wasserver- und -entsorgung sowie der Müllbeseitigung getätigt, um die hygienischen Missstände und daraus resultierende Epidemien zu beseitigen, bzw. zu bekämpfen. Im weiteren Verlauf dehnte sich der Bereich der öffentlichen Wirtschaft unter anderem auf die Bereiche Verkehr und Energieversorgung aus. In der Zeit zwischen den Weltkriegen wuchs der öffentliche Sektor abermals deutlich. Beispielhaft ist hierbei die „kollektivierte“ Deutsche Reichsbahn und in deren Folge Reichsautobahnen und Deutsche Lufthansa. In jene Zeit, das Jahr 1938, fällt erstmalig der Begriff der Daseinsvorsorge. Der Bereich der sozialisierten Wirtschaftsbetriebe expandierte abermals nach der deutschen Niederlage im Frühjahr 1945 und der Zerschlagung und Übertragung ehem. Industriekonglomerate (Bsp.: IG Farben). Mit Hilfe dieser öffentlichen Unternehmen wurde Industrie-, Sozial- und Regionalpolitik gestaltet.

Bis in die 1970er Jahre war die öffentliche Wirtschaft ein wichtiges fiskalisches Steuerungsinstrument gegen Marktschwankungen oder Marktversagen.

Der Kernwesenszug der öffentlichen Wirtschaft ist dabei die Gemeinwohlorientierung, welche sich vor allem dadurch definiert, dass der Bürger/die Bürgerin, im Gegensatz zur Privatwirtschaft, ihr nicht nur als Kunde oder Eigentümer gegenüber steht, sondern als BürgerIn, der/die Einfluss auf Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls ausüben kann. Dieser sozial integrative Charakter dient vor allem dem Abbau von sozial begründeten Barrieren.

In den 1990er Jahren vollzog sich im Strom der neoliberalen Ideologie ein Wechsel im Umgang mit öffentlichen Unternehmen. Weitere Gründe dafür liegen im sich vertiefenden europäischen Integrationsprozess und der forcierten Wettbewerbspolitik und der deut-

schen Wiedervereinigung. Im Sinne einer umfassenden Diskussion über den Begriff der öffentlichen Daseinsvorsorge muss dem kommerzielle Sektor der nicht kommerzielle öffentliche Sektor ergänzend hinzugefügt werden, wie Schulen, Kindergärten, Bibliotheken oder Immobilienvermögen bzw. dessen Verwertung. Die Privatisierung der Daseinsfürsorge

Bund, Länder und Kommunen klagen seit Jahren über finanzielle Nöte, denen dringend geschuldete öffentliche Aufgaben zum Opfer fallen. Städte und Gemeinden sind zu großen Teilen verantwortlich für die öffentliche Daseinsvorsorge. Nicht wenige Kommunen sind regelrecht pleite und dort waren die Steuermehreinnahmen der letzten Jahre nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die kommunale Selbstverwaltung wird vor allem durch die Gewerbe- und Körperschaftssteuer, verschiedene Finanzausgleichssysteme und aufgabenbezogenen Zuweisungen finanziert. Eine andere bedeutende Einnahmequelle ist das eigene Vermögen, also kommunale Einrichtungen und Betriebe der Kommunen.

Die Finanzkrise der Kommunen ist zurückzuführen auf den drastischen Rückgang der Gewerbesteuer, bedingt vor allem durch die Unternehmenssteuerreform der früheren rot-grünen Bundesregierung. Ebenso hat sich die Situation am Arbeitsmarkt nicht real entschärft, wodurch die Kostenspirale der Kommunen immer weiter nach oben geschraubt wird. Gerade die durch Hartz IV bedingten Mehrausgaben belasten die kommunalen Kassen.

Nach Angaben des Deutschen Städtetags waren die kommunalen Haushalte 2006 mit 110 Milliarden Euro belastet.

Der kommunale Sparzwang suchte in den letzten Jahren neue Wege zur Finanzierung öffentlicher Leistungen. So gerieten z.B. PPP-Projekte in den Fokus der Kommunalfinanzer, um kurzfristige Investitionen langfristig abzufinanzieren, zum anderen durch Veräußerung kommunaler Vermögenswerte (Immobilien, Verkauf von Anteilen städtischer Gesellschaften). Einen weiteren Ausdruck fand dies durch die Umfirmierung kommunaler Aufgaben in GmbHs oder AGs. Dabei liegt oftmals die Überzeugung zu Grunde, dass selbständige, autonom arbeitende Organisationen effizienter und effektiver tätig seien und so im Wettbewerb besser bestehen können. Doppelte Effektivität und Effizienz liegt vor, wenn diese öffentlichen Unternehmen letztlich vollständig privatisiert werden. Diesen Weg konsequent zu beschreiten, negiert den Anspruch der Gesellschaft auf demokratische Kontrolle.

BEISPIELE DES PRIVATISIERUNGSAHNS: LIBERALISIERUNG DES ENERGIESEKTORS

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich im Rahmen von Liberalisierung und einer weiteren Marktöffnung aus der Daseinsvorsorge für Energie 1998 herausgezogen.

Grund der Privatisierung war die Hoffnung auf mehr Wettbewerb, breitere Angebote und niedrigere Preise. Monopolistische Strukturen in der Elektrizitätserzeugung sind dagegen die heutige Wahrheit und bestimmen die deutsche Energiewirtschaft, was massiv Nachteile für die Kunden hat. Nach mehreren Fusionsrunden blieben die vier Energieriesen, E.ON, RWE, Vattenfall Europe und EnBW, übrig. In den Händen dieser vier großen Konzerne liegen über 80 Prozent der gesamten deutschen Stromerzeugung. Zudem dominieren sie über Beteiligungen einen großen Teil der Stadtwerke und der Regionalversorger. Die Folge ist eine weitgehende Marktabschottung, steigende Preise und die Verhinderung des Markteintritts neuer Wettbewerber.

PRIVATISIERUNG ÖFFENTLICHER WOHNUNGSBESTÄNDE

Der wohl bekannteste Fall vom Verkauf öffentlicher Wohnungsbestände ist der Verkauf der Woba Dresden GmbH für rund 1,7 Milliarden Euro an eine englische Investorengruppe im Jahr 2006. Mit dem Verkauf von 50.000 Wohnungen war die Stadt Dresden auf einen Schlag schuldenfrei. Dresden ist aber kein Einzelbeispiel. Die gleiche Investorengruppe kaufte bereits 2004 mehr als 80.000 Wohnungen in Berlin. Auch in Thüringen ist die Debatte um den Verkauf öffentlichen Wohneigentums nicht fremd.

Gerade über die kommunalen Wohnungsunternehmen konnten Städte ihrer Verpflichtung nachkommen, Wohnungen für Einkommensschwache oder Menschen mit schwierigen sozialen Voraussetzungen bereit zu stellen. Neben dem sozial unvernünftigen Argument gibt es auch ein wirtschaftliches, denn die kommunalen Wohnungsunternehmen machen in großen Teilen Gewinne, die sie an die Stadt abführen.

PRIVATISIERUNG VON HOCHSCHULEN UND UNIVERSITÄTEN

In der Bildungspolitik hat sich im Zuge der schlechten Ergebnisse bei „PISA“ und „IGLU“ ein neues Elitedenken breit gemacht. Nicht am Bildungssystem an sich wird eine Verbesserung angestrebt sondern alle Kräfte sollen in der Elitenförderung gebündelt werden. Dabei schaut man zunehmend neidisch auf die durch privates Sponsoring hoch aufgerüsteten amerikanischen Universitäten. Neues Grundprinzip der Hochschulpolitik ist die staatlich geförderte Universität, die nach betriebswirtschaftlichen Kriterien, einem Unternehmen gleich, geführt wird, die die meisten Drittmittel einwirbt, ihre Studenten auswählen kann und nicht mehr jeden nehmen muss. Die Wissenschaft soll stärker an den Prinzipien der Wirtschaft ausgerichtet werden. Das Ziel ist eine Unterscheidung zwischen finanziell schlecht ausgestatteten Massenuniversitäten und Eliteuniversitäten. Bildung wird damit immer teurer. Die privilegierten und stärker geförderten Universitäten werden höhere Studiengebühren verlangen und damit stärker selek-

tieren. Die neuen Hochschulen sollen sich in der Reihe von Unternehmen gegründeter privater Hochschulen wiederfinden. Daher ist es auch kein Zufall, dass Hochschulen und Universitäten immer mehr zur Werbebande von Unternehmen verkommen.

ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE STÄRKEN

Die Ideologie der Privatisierung des Marktes ist infolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zunehmend brüchig. In der Öffentlichkeit wird neben den Chancen nun auch verstärkt über die Risiken von PPP-Modellen, Cross-Border-Leasing oder kompletten Privatisierungen debattiert. Alle Menschen erleben gerade, dass die Effizienz und Effektivität des Marktes keinen sozialen Indikatoren bzw. moralischen Vorstellungen folgt und nur auf kurzfristigen Gewinn angelegt ist.

In Städten und Gemeinden formiert sich der Widerstand gegen die Privatisierung von Stadtwerken und anderen öffentlichen Dienstleistungen. Ein Beispiel ist die Verhinderung des Verkaufes der Stadtwerke Leipzig durch einen Bürgerentscheid im Jahre 2008.

Trotz vieler Widerstände und einer neuen öffentlichen Debatte kann man von keiner absoluten Trendwende gegen Privatisierung sprechen. Viele schwarz-gelb regierte Länder und Kommunen privatisieren fleißig weiter. Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag auf Bundesebene zeigt, dass die Kommunen und Länder, und damit auch große Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge, vor neuen Herausforderungen stehen. Statt die öffentlichen Haushalte zu stärken, verabredeten die Neukoalitionäre Steuerentlastungen von über 20 Milliarden Euro. Nach Berechnungen des Deutschen Städte- und Gemeindebunds bedeutet dies etwa 3,6 Milliarden Euro Mindereinnahmen für die Kommunen. Dem gegenüber steht eine Politik der Schuldenbremse und des Schuldenverbots.

Auch der Thüringer Koalitionsvertrag enthält keine Abkehr von Privatisierungen. Positiv festzuhalten bleibt aber die Aussage, dass eine Privatisierung des Universitätsklinikums nicht vorgesehen ist und PPP-Projekte mittlerweile wenigstens auf ihre Wirtschaftlichkeit überprüft werden.

Dennoch bedarf es der kritischen Analyse, um Fehlentwicklungen der Politik rechtzeitig entgegenzutreten zu können.

ALTERNATIVEN BRAUCHT DAS LAND

Für uns Jusos bedeutet Öffentliche Daseinsvorsorge Existenzsicherung und Lebensqualität. Wir wollen starke öffentliche Einrichtungen, die demokratischer Kontrolle unterliegen und nicht der reinen Marktlehre. Eine fortschreitende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen stellt den Anspruch nach Chancengleichheit und umfassender Teilhabe in unserer Gesellschaft allerdings in Frage.

In der Kommission „Öffentliche Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit“ wollen wir Konzepte und Alternativen entwickeln, wie wir zukünftig den Bereich der Öffentlichen Daseinsvorsorge sozial gerecht und ökologisch verantwortlich organisieren können. Im Kern bedürfen dabei folgende Punkte einer grundlegenden Debatte:

1. Wie ist der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge aus unserer Sicht zu definieren – welche Aufgaben gehören zwingend in (kommunal) öffentliche Hand – welche aber auch nicht?
2. In welchen Organisationsformen kann öffentliche Daseinsvorsorge grundsätzlich wirkungsvoll ausgeübt werden
3. Subsidiär oder Unitarisch – welche Aufgaben gehören in wessen Hand
4. Wie kann langfristig eine solide Finanzierung öffentlicher Aufgaben auf kommunaler Ebene sichergestellt werden.

SOZIALES / WIRTSCHAFT

DIE BAHN HOLT'S AB - INTER-MODALVERKEHR STÄRKEN (C5)

Die Jusos Thüringen fordern die Landesregierung auf geeignete Konzepte zu entwickeln, die auf eine Stärkung des lokalen Güterverkehrs unter Einbeziehung der regional vorhandenen Stadt- bzw. Straßensysteme abzielen. Durch entsprechende politische Unterstützung bzw. Förderung soll in Thüringen das System der Güterstraßenbahn etabliert werden.

Unternehmen, die beim Transport von Waren und Gütern auf die Bahn angewiesen sind, benötigen eine entsprechende Infrastruktur. In der Regel sind Gewerbegebiete und Bahntrassen nicht in unmittelbarer Nähe zueinander zu finden. Dort, wo dies geschieht, werden Fördermittel zur Errichtung von Industriegleisanschlüssen bereitgestellt. Unternehmungen, bei denen die räumliche Nähe nicht gegeben ist, bedürfen alternativer Lösungen. In Thüringen ist die bisher einzige leistungsstarke Alternative der Zwischentransport der Waren und Güter vom Unternehmensstandort hin zum Güterverkehrszentrum in Erfurt-Vieselbach. Von dort findet der Umschlag auf die Schiene statt.

Mit ihrem Regierungsprogramm und nun auch im Koalitionsvertrag für Thüringen legt sich die SPD auf eine weitere Förderung des Schienenverkehrs und die bessere Verknüpfung der unterschiedlichen Verkehrsträger fest. Die Richtung stimmt.

Der hier eingebrachte Vorschlag, soll das Spektrum der zu verknüpfenden Verkehrsträger um die lokal begrenzten Straßen- bzw. Stadtbahnsysteme in einigen der größeren Thüringer Städte ergänzen. Die Cargo-Tram

als Güterstraßenbahn nutzt dabei die regulär vorhandenen Tramschienennetze, lediglich um die Unternehmensanschlüsse und einen intermodal hergerichteten "Link" zum Bahnnetz ergänzt.

Vorteile sind:

- Die Errichtung von Tramnetzen ist vergleichsweise günstig. (im Gegensatz zu Industrieleisanschlüssen)
- Der Verkehrsträger ist einfach mit dem vorhandenen Wegenetz der Straßen zu verknüpfen und somit baulich eher zu realisieren, als Bahnanschlüsse an Industriebetriebe
- In den betroffenen Städten ist bereits heute eine weitgehende Erreichbarkeit des gesamten Stadtgebietes gewährleistet. Es bedarf so nur der Anbindung geeigneter Unternehmen und die Herrichtung des Intermodalstützpunktes, um das System funktionsfähig zu machen.
- Durch die Intermodalstützpunkte können alte, heute still gelegte Güterbahnhöfe mit neuem Leben erfüllt werden.
- Die damit leicht expandierenden Netze können nicht nur Güter, sondern auch Berufspendler aufnehmen und somit die Arbeitsplätze in den betroffenen Gebieten an den Personennahverkehr anbinden.
- Den Trägern der Nahverkehrssysteme (i.d.R. kommunale Betriebe) kann ein weiteres Standbein zur Finanzierung ihrer Leistungen entstehen. Entsprechend der Mixstruktur größerer öffentlicher Transportunternehmen, können Überschüsse im lokalen Güterverkehr den Personenverkehr quersubventionieren.
- Der Verkehrsträger ist umweltfreundlich.

Beispielhaft werden im brandenburgischen Cottbus sowie im sächsischen Dresden seit geraumer Zeit lokal vorhandene Straßenbahnen bzw. Stadtbahnen in die Güterlogistiksysteme eingebunden. Die Systeme expandieren dort kontinuierlich.

Thüringen sollte diese Chance nutzen.

DEMOKRATIE / GESELLSCHAFT

FÜR EIN TOLERANTES THÜRINGEN UND DIE ABSCHAFFUNG DER RESIDENZPFLICHT (D1)

Deutschland ist das einzige Land der Europäischen Union, in dem es eine Residenzpflicht, d.h. die Pflicht in einem vorher definierten Raum zu leben, gibt. Diese für Asylbewerber_Innen geltende Verpflichtung geht soweit, dass Asylbewerbern bei Überschreiten ihrer festgelegten Grenzen sogar der, Freiheitsentzug droht. Die neue Schwarz-Rote Regierung in Thüringen möchte diese Residenzpflicht nun zwar ausweiten, dennoch ist dies nicht mehr als Symbolpolitik, denn was menschenunwürdig war bleibt auch menschenunwürdig. In früheren Beschlüssen wurde die Residenzpflicht zwar schon einmal thematisiert, wie allerdings festgestellt wurde, konnte kein befriedigendes Ergebnis erzielt werden.

Die Gesetzeslage bei der Frage um Lebensbedingungen von Asylbewerber_Innen in Deutschland erinnert stark an die Zeiten der Apartheid in Südafrika. Menschen, die Aufgrund ihrer politischen Einstellung oder einem anderen Religionsbekenntnis aus ihrem Heimatland fliehen mussten, werden in Deutschland dazu gezwungen, in ihren vorher zugewiesenen Landkreisen zu leben. Jedes Verlassen muss vorher bei den Behörden angemeldet werden und bedarf derer Zustimmung. Ein Verstoß gegen diese Verpflichtung wird als Straftat geahndet und führt im geringsten Fall zu einer Haftstrafe oder im schlimmsten zur Abschiebung. Dies führt dazu, dass Asylbewerber_Innen de facto von der Öffentlichkeit ausgeschlossen werden und sich weitestgehend in den für sie vorgesehenen Heimen aufhalten. Eine Integration dieser Menschen kann also nicht gelingen und führt, im schlimmsten Fall, zu steigender Kriminalität. Vor allem ist dies jedoch eine Situation die wir in einem Multikulturellen und offenen Land, wie es Deutschland gerne sein möchte, vorfinden Menschenverachtend. Aus diesem Grund bedarf es einer grundlegenden Abschaffung der Residenzpflicht. Die Regelungen die für Asylbewerber_Innen gelten, zeigen deutlichen den staatlichen Rassismus der mit dieser Gesetzgebung verbunden ist. Dem stellen wir uns entgegen!

Wir fordern die Schwarz-Rote Regierung auf, Initiativen im Bundesrat einzubringen, die Residenzpflicht in ganz Deutschland abzuschaffen.

Da auch Deutschland Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet hat, fordern wir, die Jusos-Jena, dem Antrag stattzugeben und für eine Abschaffung der Residenzpflicht einzustehen.

DEMOKRATIE / GESELLSCHAFT

**DER BDV: „LEISTET(E)
KEINEN BEITRAG ZUR
VÖLKERVERSTÄNDIGUNG“ (D2)**

Das Bekenntnis der aktuellen Thüringer Landesregierung zum Bund der Vertriebenen lehnen wir entschieden ab.

DEMOKRATIE / GESELLSCHAFT

**RECHTSRADIKALE TENDENZEN
BEI DER THÜRINGER POLIZEI
(D3)**

Wir fordern die Betreuung der Thüringer Polizei im Hinblick auf rechtsradikale Einstellungen durch feste Beratungsangebote und Schulungen durch vorhandene Träger, wie beispielsweise Mobit. Das Land hat dazu die benötigten Mittel bereitzustellen.

In der Oktober-Ausgabe der Gewerkschaftszeitung „Polzeispiegel“ eifert ein anonymes Mitglied der DPoLG der NPD zu. So empfindet dieser das Image der NPD als „von allen Seiten angedichtet“. Auch der Forderung der NPD, „nach härteren Strafen für alle Bereiche der Kriminalität“, stimmt dieser zu. Die Beteuerung der DPoLG es handle sich um eine Einzelmeinung innerhalb der Polizei widersprechen wir konsequent. Selbst wenn empirische Umfragen belegen könnten, dass es nur ein einziges Mitglied in dieser Gewerkschaft wäre, so kann dem keine Aussagekraft für die gesamte Polizei zugestanden werden, da die DPoLG gerade einmal 300 PolizistInnen vertritt. Hier ist man nach wie vor auf dem rechten Auge blind.

DEMOKRATIE / GESELLSCHAFT

**KENNZEICHNUNGSPFLICHT
FÜR POLIZIST_INNEN JETZT!
(D4)**

Die Jusos setzen sich dafür ein, dass in Thüringen eine Kennzeichnungspflicht der Thüringer Polizei eingeführt wird. Eine Kennzeichnung die durch den Namen oder der Dienstnummer versehen ist. Weiter wollen wir, dass ein/e unabhängige/r Polizeibeauftragte/r eingerichtet wird.

Aufgrund der bestehenden Beschlusslage fordern wir die SPD auf diese Regelung umzusetzen.

DEMOKRATIE / GESELLSCHAFT

**LANDESPROGRAMM GEGEN
RECHTSEXTREMISMUS (D5)**

Wir fordern die Einführung und Umsetzung eines Landesprogramms gegen Rechtsextremismus. Dieses muss sich dem Rechtsextremismus und seinen menschenverachtenden, rassistischen Einstellungen als Problem annehmen. Ein Landesprogramm gegen politischen Extremismus verwässert die Problemlage und verkennt die gesellschaftliche Realität.

Rassistische Einstellungen finden sich auch in sog. Mitte der Gesellschaft wieder und müssen als solche entlarvt und bekämpft werden. Wir Jusos Thüringen sind gegen ein Programm gegen Extremismus und fordern ein gesondertes Programm gegen Rechtsextremismus, welches dem Problem effektiv begegnen kann.

DEMOKRATIE / GESELLSCHAFT

**KINDERSCHUTZ ERNST NEHMEN
(D7)**

Der Schutz junger Menschen nimmt in unserer Gesellschaft einen zentralen, bisher jedoch vernachlässigten, Stellenwert ein. Einen ganzheitlichen Ansatz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen nicht, bislang stehen i. d. R. einige, wenige Formen im Mittelpunkt, die den Gefahren, denen Kinder ausgesetzt sind nicht gerecht werden. Lücken im Netz gibt es dabei vor allem im Bereich präventiver Angebote. Diese gilt es auszubauen, um junge Menschen bei ihrer Entwicklung unterstützen zu können. Ziel eines ganzheitlichen Ansatzes ist es genau diese Lücken zu schließen und dabei vor allem die Folgen von Vernachlässigung kompensieren zu können.

WIR FORDERN:

- Die Vernetzung und Kooperation verschiedenster Akteure, die mit dem Schutz junger Menschen in Kontakt kommen, auf Landes- und regionaler Ebene.
- Die Sensibilisierung der von Gesellschaft und gesellschaftlichen Akteuren durch eine verstärkte Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit.
- Die Einrichtung eines zentralen Hinweistelefons, bei dem der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung angezeigt werden kann.
- Die Aufstockung der personellen Standards in den betroffenen Einrichtungen, v.a. bei Jugendämtern und freien Trägern.
- Die Qualifikation und Weiterbildung der Mitarbeiter betroffener Einrichtungen, damit sie eine potentielle

Kindeswohlgefährdung erkennen können und auf diese im Rahmen ihrer Kompetenz reagieren können.

- Die Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeit, bspw. durch die Unterstützung von Weiterbildungen.
- Verpflichtung der Vorsorgeuntersuchung und die Kontrolle dieser Einhaltung bei den Gesundheitsämtern. Diese haben einerseits die fachliche Kompetenz, die Eltern angemessen, medizinisch zu beraten. Zum anderen ist die Erneuerung des Images der Jugendämter zur Verbesserung des Kinderschutzes unabdinglich. Soll diese Anlaufstelle für Eltern sein, muss es den Ruf als „Elternverfolgungsbehörde“ verlieren.
- Den flächendeckenden Einsatz der Familienhebammen in allen Familien. Um niedrigschwellig und nicht stigmatisierend arbeiten zu können ist eine Betreuung aller Kinder bis zum ersten Lebensjahr – und wenn notwendig darüber hinaus – erforderlich.
- Begrüßungspakete für alle Eltern. Diese sollen Informationen über die Entwicklung des Kindes, erforderliche Vorsorgeuntersuchungen und Möglichkeiten finanzieller Förderung enthalten. Übergeben wird das Paket durch einen Mitarbeiter des Jugendamtes. Auf diese Weise kann ein informeller, positiver Kontakt zwischen Eltern und Jugendamt hergestellt werden.
- Den generellen Rechtsanspruch eines Kindes auf einen Platz in der Kindertagesstätte, unabhängig vom Alter und der Erwerbssituation der Eltern.
- Den Ausbau der Kindertagesstätten zu Familienzentren.
- Die ausreichende qualitative und quantitative Personalausstattung in Kindertagesstätten und Schulen, die eine qualitativ hochwertige Förderung von jungen Menschen ermöglichen.
- Die Ausweitung des Aufgabenbereichs der Interdisziplinären Frühförderstellen (IFF). Diese muss der steigenden Anzahl von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen gerecht werden. Außerdem muss die Landesregierung Mindeststandards für die IFF formulieren.
- Den flächendeckenden Einsatz der Schulsozialarbeit.
- Den flächendeckenden Ausbau aufsuchender Jugendsozialarbeit.
- Den Ausbau der verschiedenen Strukturen zur Berufsberatung zu einer effektiven und nachhaltigen Struktur mit der jeder junge Mensch erreicht werden kann. Insbesondere da, wo Eltern diesen Weg ihrer Kinder in den Beruf nicht begleiten können, muss die Gesellschaft diese Jugendlichen unterstützen.

- Den Erhalt und die verlässliche Finanzierung der Ehe-, Erziehungs-, Lebens- und Familienberatungsstellen, um Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder unterstützen zu können.

- Den Erhalt und die verlässliche Finanzierung der Kinderschutzdienste. An Personalstandards in diesem Bereich muss festgehalten werden.

- Wir werden uns für die Etablierung eines flächendeckenden, ganzheitlichen Netzes an Maßnahmen zum Schutz junger Menschen einsetzen. Wo Jusos in kommunalpolitischer Verantwortung sind, werden sie mit gutem Beispiel voran.

DEMOKRATIE / GESELLSCHAFT

ABSCHAFUNG DES LANDESERZIEHUNGSGELDES (D8)

Das durch die CDU-Landesregierung eingeführte Landeserziehungsgeld lehnen wir ab. Es kommt nur den Familien zugute, die ihr Kind anstatt es in einer Kindertagesstätte betreuen zu lassen, privat betreuen. Dies führt zu einer Intensivierung der Unterschiede bei den Bildungschancen. Außerdem führte seine Einführung zu einer Verschlechterung der Finanzierungssituation der Kitas und fördert ein traditionelles Rollenbild, welches wir nicht teilen. Über die darin gebundenen Mittel können Kitaplätze geschaffen, ErzieherInnen ausgebildet und eine kostenlose Verpflegung in Kitas gewährt werden.

Wir fordern daher die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes festzuschreiben und zu verwirklichen.

DEMOKRATIE / GESELLSCHAFT

STÄRKUNG DER JUGENDVERBANDSARBEIT (D9)

Wir fordern die Jugendpauschale für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit mit einer Höhe von mindestens 15 Mio. Euro im Rahmen des ThürKJHAG gesetzlich verankert werden muss. Nur so wird die Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit auch als Lernort für demokratische Entscheidungsfindung verankert. Der Ausbau und der Schutz bestehender verbandlicher Strukturen kann auf diesem Weg sicher gestellt werden.

Wir begrüßen ausdrücklich die Abschaffung des Zwangs zur Gründung von Interessengemeinschaften im Rahmen des Landesjugendrings. Alle landesweit tätigen Verbände sind mit struktursichernden Personalstellen zu fördern, um die Pluralität der Jugendverbandsarbeit und somit auch der Arbeitsfähigkeit kleinerer Verbände zu fördern

DEMOKRATIE / GESELLSCHAFT

**GLEICHSTELLUNG VON
HOMOSEXUELLEN (D10)**

Die Jusos Thüringen fordern die rechtliche Gleichstellung Homosexueller. Einen wesentlichen Punkt stellt dafür die Aufnahme sexueller Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes dar. Staatliches Handeln ist demnach der Gleichheit aller Menschen unterstellt. Bisher erstreckt sich dies formal auf Geschlecht, Herkunft, Nationalität, Sprache sowie politische und religiöse Anschauungen. Zudem fordern wir die rechtliche Gleichstellung der sogenannten Homo-Ehe mit der heterosexuellen Ehe, insbesondere in Bezug auf das Adoptionsrecht.

DEMOKRATIE / GESELLSCHAFT

IMPFPFLICHT - JETZT! (D14)

Die Jusos fordern die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht. Sie erstreckt sich über die 6-fach- und über die 4-fach- Impfung mit einschließender Auffrischung.

Zu deren Durchführung ist eine Impfbuchpflicht notwendig. Sie tritt ab der ersten Immunisierung des Kindes im 3. bis 4. Lebensmonat in Kraft und bedarf einer regelmäßigen ärztlichen Kontrolle. Zunächst wird diese durch die U4 bis U9 stattfinden, später durch den Schularzt, welcher die speziellen gesundheitlichen Interessen der Kinder und Jugendlichen in Kita und Schule vertritt.

DEMOKRATIE / GESELLSCHAFT

**60 JAHRE NATO SIND GENUG!
KOLLEKTIVE SICHERHEIT STATT
VERTEIDIGUNGSBÜNDNISSE!
(D15)****DIE SPD HÄLT NACH WIE VOR IN IHREM
WAHLPROGRAMM AN DER NATO FEST:**

„Ein gemeinsamer Raum der Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok. Die NATO bleibt wichtigster Garant unserer Sicherheit. Mit unseren Partnern wollen wir eine neue Verständigung über die zukünftige strategische Ausrichtung des Bündnisses erarbeiten, in dem seine Verantwortung für Abrüstung und Rüstungskontrolle gestärkt wird. Wir plädieren für einen gemeinsamen Raum der Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok, in dem NATO und Russland vertrauensvoll zusammenarbeiten. Die bisherigen amerikanischen Pläne für einen Raketenschirm sind mit diesem Ziel nicht vereinbar und werden von uns deshalb abgelehnt.“

Wir Jusos begrüßen die Ablehnung eines Raketenabwehrschirms, kommen aber in der grundsätzlichen Bewertung der NATO zu einer anderen Einschätzung:

DIE NATO IST KEIN BÜNDNIS FÜR ABRÜSTUNG

In der „Declaration on Alliance Security“, die am 4. April 2009 in Kehl/Strassburg geschlossen wurde, schreibt die NATO noch einmal fest, dass Abschreckung basierend auf einem angemessenen Mix von nuklearen und konventionellen Waffen ein wichtiges Kernelement der Gesamtstrategie bleibt. Außerdem erkennt die NATO an, wie wichtig eine stärkere und leistungsfähigere Europäische Verteidigung ist und begrüßt die Fortschritte welche die EU auf diesem Feld erreicht hat.

Bei dieser Gesamtstrategie bleiben alle Erklärungen, dass man sich auf dem Feld der Abrüstung stärker engagieren will, leere Worte ohne Wirkung. Die NATO zeigt sich nicht willens, die durch ein interdependentes Verteidigungsbündnis vorhandenen Abrüstungspotentiale zu verwirklichen, ganz im Gegenteil fördert die NATO eine qualitative Aufrüstung ihrer Mitglieder.

**DIE NATO UNTERGRÄBT
DAS GEWALTMONOPOL DER UNO**

Die in der NATO zusammengeschlossenen Länder behalten es sich vor, selbst zu definieren was eine Gefahr für ihre Sicherheit ist und wie sie dagegen vorgehen, während der Rest der Welt sich dem Votum des UN Sicherheitsrates beugen soll. Damit untergräbt die NATO ständig die Legitimation der UNO, dies zeigte sich besonders im Kosovokrieg.

**DIE NATO SCHAFFT MEHR UNSICHERHEIT
ALS SICHERHEIT**

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion befindet sich die NATO in einer ständigen Transformationsphase auf der Suche nach neuen Aufgaben. Diese Suche wurde dafür genutzt, den Sicherheitsbegriff ständig zu erweitern. Aktuell zählen als neue Hauptgefahren für die Sicherheit der Alliierten der Terrorismus, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Cyberangriffe. Als mögliche Sicherheitsrisiken gelten die Energiesicherheit, der Klimawandel und gescheiterte Staaten (failed states). Bei einem so weiten Sicherheitsbegriff kann fast alles zur Gefahr ausgerufen und militärisch bekämpft werden, dies fördert die Angst der Länder, die nicht Teil der NATO sind.

Schon jetzt hat die NATO für sich viele Einsatzmöglichkeiten definiert. Die NATO führt aktuell folgende Einsätze durch: ISAF in Afghanistan, KFOR in Kosovo, eine NATO Training Mission im Irak, Operation Allied Protector am Horn von Afrika zur Bekämpfung der Piraterie, die Unterstützung der AU Mission in Darfur und die Operation Active Endeavour im Mittelmeer zur Bekämpfung des Terrorismus.

Seit dem Ende der Biopolarität der Welt geht von der NATO noch mehr Unsicherheit aus. Die NATO führt nicht dazu, dass die Welt friedlicher wird. Vielmehr verstärkt sie durch ihr globales militärisches Agieren das Bedrohungsgefühl anderer Staaten, welches zur Bildung von Gegenbündnissen führt. Die NATO provoziert eine gegen sie gerichtete Aufrüstung.

DIE NATO OSTERWEITERUNG SCHAFFT NEUES KONFLIKTPOTENTIAL IN EUROPA

Die Nato Osterweiterung wird von Russland als Beschneidung des eigenen Einflusses in Osteuropa betrachtet. Deshalb schürt die Ausweitung des Bündnisses in Osteuropa immer wieder Konflikte mit der Militärmacht im Osten und wirkt befeuernd auf lokale Konflikte.

DIE NATO ENTWICKELT SICH SCHLEICHEND ZUM MILITÄRISCHEN ARM DER INDUSTRIELÄNDER

Die Nato hat mit ihrer Erweiterungspolitik weit nach Osteuropa hinein beabsichtigt oder unbeabsichtigt, ein neues globales Kräfteverhältnis geschaffen. Mit Nordamerika und fast ganz Europa sind wesentliche Teile der Industriestaaten Teil des mächtigsten Militärbündnisses der Welt. Sicherheitspolitische Fragen werden immer öfter mit Fragen der globalen Wirtschaftspolitik vermischt. Schon traditionell ist das Bekenntnis zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung Voraussetzung zur Aufnahme in die NATO. Sie dient der weltweiten Durchsetzung des Kapitalismus und engagiert sich im Interesse der Industrieländer weltweit in Ressourcenkonflikten.

WIR WOLLEN EINE ABSCHAFFUNG DER NATO ZU GUNSTEN DER STÄRKUNG INTERNATIONALER INSTITUTIONEN

Deswegen fordern wir Jusos eine Abschaffung des Prinzips NATO, also exklusiver Verteidigungsbündnisse. Mehr globale Sicherheit wird nicht über eine Stärkung der militärischen Macht erzeugt, sondern kann nur über einen Dialog mit allen beteiligten Staaten und eine tragkräftige multinationale Abrüstungspolitik erreicht werden. Statt einer Fortführung des Prinzips, mit der Nato Sicherheit für einen Teil der Welt auf Kosten anderer herzustellen, wollen wir eine vollständige Übertragung des Gewaltmonopols auf die UNO erreichen. Als System kollektiver Sicherheit verkörpert sie das Prinzip der inklusiven und friedlichen Konfliktregelung. Die wünschenswerte Alternative zur NATO ist also bereits vorhanden, sie müsste nur noch mit Leben erfüllt werden (wie etwa in den Art. 24, 26 oder Art. 39 bis 51 der Charta der Vereinten Nationen angelegt). Dazu muss die UNO aber reformiert werden: Demokratisiert, in dem die Veto-Rechte im Sicherheitsrat abgeschafft werden und gestärkt, indem das Budget der UNO solide ausfinanziert wird.

ABRÜSTUNG IN DER NATO VORANTREIBEN

In der gegenwärtigen Debatte, in der eine Ausweitung des Einflusses der Nato im Trend liegt, scheint eine Abschaffung der Nato in weiter Ferne. Es ist aber trotzdem dringend notwendig, Perspektiven für eine Sicherheitspolitik, die sich in erster Linie auf ein friedliches Zusammenleben weltweit orientiert, konkret zu machen.

Ansatzpunkte für erste Schritte gibt es viele. Kurzfristig muss erreicht werden, dass keine weiteren Militäreinsätze der Nato ohne UN Mandat stattfinden und das militärische Potential der NATO sukzessive den Vereinten Nationen unterstellt wird. Zudem muss die Politik der präventiven Verteidigung, mit Militäreinsätzen außerhalb des Bündnisgebietes überall dort wo potentielle Bedrohungen identifiziert werden, dringend kritisch hinterfragt werden. Gleichzeitig muss das Militärbündnis Nato und die Mitgliedsstaaten eine offensive Abrüstungspolitik betreiben. Mit dem Eintritt in einen internationalen Abrüstungsdialog, der Schritt für Schritt globale Waffenarsenale abbaut, kann die Nato einen echten Beitrag für mehr Sicherheit und Stabilität leisten. Außerdem muss jegliche weitere Ausdehnung der NATO durch Aufnahme neuer Mitglieder unterbleiben.

60 JAHRE NATO SIND GENUG, WIR FORDERN DIE SPD AUF, IHRE UNKRITISCHE POSITION ZUR NATO ZU ÜBERDENKEN, UND ECHTE SCHRITTE FÜR MEHR ABRÜSTUNG UND EINE FRIEDLICHERE SICHERHEITSPOLITIK ANZUGEHEN.

ORGANISATORISCHES**AUFBAU VON JUSO-
SCHÜLERINNENGRUPPEN (E1)**

Der Juso-Landesvorstand unterstützt die Erarbeitung eines Konzepts zur Aktivierung und Unterstützung von Juso-SchülerInnen-Gruppen, um somit die Ebenen der Nachwuchsgewinnung für die Kreis- und Ortsverbände wesentlich zu erweitern.

Speziell soll das Konzept Vorschläge für bessere Informationsmöglichkeiten für interessierte Schüler, Ideen zur Kontaktaufnahme, Hilfestellungen für die Gründung von Schülergruppen, sowie Ansprech-partner innerhalb der Juso-Kreisverbände beinhalten. Das Konzept soll dann den Kreisverbänden vorgestellt werden.

ORGANISATORISCHES**ZUSAMMENARBEIT MIT
SACHSEN UND SACHSEN-
ANHALT (E4)**

Die Jusos aus Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen, sollten sich mindestens einmal jährlich treffen um gemeinsam aktiv Politik zu gestalten, aktuelle Themen aufzugreifen und das WIR-Gefühl zu stärken. Entfernungen sollen zusammenschmelzen, neue Ideen sollen entstehen, um unsere Zukunft effizient zu verändern.